



# *Anders wirtschaften statt demographischer Demagogie*

*Geschlechtergerechtigkeit, Nachhaltigkeit und die  
Diskurse um demographische Entwicklungen weltweit*

# **Anders wirtschaften statt demographischer Demagogie**

**Geschlechtergerechtigkeit,  
Nachhaltigkeit und die  
Diskurse um demographische  
Entwicklungen weltweit**

**Herausgeber:**

- Forum Umwelt und Entwicklung
- genanet

**Verantwortlich:**

Jürgen Maier

**Redaktion:**

Daniela Gottschlich, Juliane Grüning

**Layout:**

Monika Brinkmüller

**Herstellung:**

Knotenpunkt GmbH, Buch

Bonn 2006

*Titelseite: Christa Gutt, Petra Pinger, Juliane Grüning*

# Inhalt

<b>Einleitung: Anders wirtschaften statt demographischer Demagogie</b>	
<i>Daniela Gottschlich und Juliane Grüning</i> .....	4
<b>Bevölkerungsentwicklung, Versorgungssysteme und Geschlechteraspekte: Eine sozial-ökologische Perspektive</b>	
<i>Diana Hummel</i> .....	8
<b>Kinder im totalen Markt – wo, bitte, geht’s zur Zukunft? Feministisch-ökonomische Betrachtungen zu patriarchalen Wirtschafts-, Denk- und Handlungsweisen</b>	
<i>Elisabeth Stiefel</i> .....	14
<b>Demographischer Wandel, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit</b>	
<i>Gertrud Dorsch</i> .....	18
<b>Neoliberales Risikomanagement. Zur Transformation internationaler Bevölkerungspolitik</b>	
<i>Susanne Schultz</i> .....	25
<b>Machtpolitik im grünen Kleid der Nachhaltigkeit. Feministische Kritik an ökologisch begründeter Bevölkerungspolitik</b>	
<i>Daniela Gottschlich</i> .....	38
<b>Glossar</b> .....	48
<b>Autorinnen und Herausgeberinnen</b> .....	48

# Einleitung: Anders wirtschaften statt demographischer Demagogie<sup>1</sup>

**K**ein Tag vergeht, an dem hierzulande nicht vor dem Schreckgespenst der „Geburtenkrise“, der „alternenden“, „schrumpfenden“, „kinderlosen“ Gesellschaft gewarnt wird. Hans Werner Sinn, neoliberaler Apologet und Chef des Münchner ifo-Instituts, geht sogar soweit, von einer tickenden „demografischen Zeitbombe“ zu sprechen (NOZ, 16.12.2005).

Familienpolitik wird in Zeiten des ‚demographischen Wandels‘ zum zentralen Thema, parteiübergreifend. Schließlich kann es nicht angehen, dass sich immer weniger – und noch dazu die ‚falschen‘ – Menschen dazu entschließen, Kinder zu bekommen. Vor allem besser verdienenden Paaren sollen mit dem Elterngeld von bis zu 1800 Euro monatlich und den Möglichkeiten zur steuerlichen Absetzung der externen Kinderbetreuungskosten Motivationsanreize geliefert werden. Denn die „sozial Schwächeren bekommen nach wie vor Kinder; die Stärkeren, die es durch ihre Bildung und ihr Einkommen oft leichter hätten, ihrem Nachwuchs gute Startchancen zu geben, halten sich zurück“, so lesen wir von Susanne Gaschke in der ZEIT (19.1.2006). Kinderlose zahlen ab dem 1. Januar 2005 einen Beitragszuschlag von 0,25% zur Pflegeversicherung<sup>2</sup> – völlig unabhängig, ob sie

vielleicht ältere Familienangehörige pflegen, für die Nachbarskinder da sind oder schlechtbezahlten Sorgeberufen nachgehen. Kriterium ist schlicht der eigene Nachwuchs. All das geschieht in einem Land, dessen ehemaliger Innenminister Manfred Kanther 1994 auf der UN-Bevölkerungskonferenz erklärte, Bevölkerungspolitik sei nur etwas für ‚Entwicklungsländer‘.

Doch neben der anklagenden Frage, warum gerade Akademikerinnen in Deutschland weniger Kinder bekommen, prägen nach wie vor Schreckensszenarien über die Zunahme der Weltbevölkerung auf der Südhalbkugel bzw. in Asien die Medienwelt und damit den öffentlichen Diskurs zu demographischen Entwicklungen weltweit. Es geht dabei nicht nur um soziale Überlegungen, sondern auch um ökologische Argumentationsketten zur Begründung der (Nicht-)Übertragbarkeit des westlichen Lebensstils.

Auch die Nachhaltigkeitsstrategie (2002) der (ehemaligen) Bundesregierung und deren Fortschrittsberichte, mit denen sich genant und die AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung in den letzten Monaten auseinandergesetzt haben, greift diesen Themenkomplex auf und treibt den hegemonialen Diskurs zu diesem Thema selber weiter voran. Einerseits wird das Bevölkerungswachstums in Entwicklungsländern zu den „besorgniserregenden Trends“ (ebd.: 42) gezählt, andererseits stützt sich die nationale Strategie zur Gestaltung des „demographischen Wandels“ auf Schlüsselbegriffe wie „Generationengerechtigkeit“. Auf den ersten Blick scheint – bezogen auf die bundesdeutsche Debatte – ein Paradigmen-

<sup>1</sup> In jüngster Zeit hat vor allem der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge darauf hingewiesen, dass demographische Prognosen als Demagogiemittel eingesetzt werden.

<sup>2</sup> Ausgenommen sind alle Personen, die das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, alle Personen, die vor dem 1.1.1940 geboren wurden sowie Wehr- und Zivildienstleistende und BezieherInnen von Arbeitslosengeld II.

wechsel vollzogen, indem von der staatlichen Exekutive nun auf die Agenda gesetzt wird, wofür emanzipatorische Bewegungen gekämpft haben: Das Land soll kinderfreundlicher werden, mehr Frauen über die Erhöhung der Erwerbsquote eine eigenständige Existenzsicherung erhalten, Ältere nicht zum alten Eisen geworfen werden – die Gesellschaft müsse ihre „Potenziale“ nutzen. Der zweite Blick zeigt allerdings, dass all diese Forderungen einer ökonomistischen Logik untergeordnet sind. Demographische Veränderungen werden dramatisiert und mit neoliberalen Politikzielen und -maßnahmen argumentativ verklammert: Aus den „fehlenden Kindern“ werden „fehlende Beitragszahler“, die sozialen Sicherungssysteme seien nicht mehr finanzierbar. „Generationengerechtigkeit“ wird gegen „Verteilungsgerechtigkeit“ ausgespielt. Der jährlich produzierte Reichtum und die Frage, wie er verteilt werden könnte, werden ausgeblendet, Rentenkürzungen und andere Maßnahmen zum Ab- und Umbau des Sozialstaates erscheinen angesichts der „veränderten demographischen Verhältnisse“ alternativlos.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist nur ein Beispiel, wie Frauen im Diskurs um Bevölkerungspolitik instrumentalisiert werden, wie ‚Gebärstreik‘ und ‚Überbevölkerung‘ behauptet und zur Bedrohung stilisiert werden, ohne Nord- und Südperspektiven und die dahinter stehenden Interessen zu analysieren. Nicht die Menschen, ihre Bedürfnisse und Rechte stehen im Vordergrund, nicht ein System steht auf dem Prüfstand, das diese Krisen hervorgerufen hat – es geht um ökonomische Verwertbarkeit, um Privatisierung von bisher staatlichen Dienstleistungen (alle müssen mehr „Eigenverantwortung“ zeigen) und staatliche Haushaltskonsolidierung (die durch den Umbau des Sozialstaates erreicht werden soll).

Dies alles passt in den größeren Zusammenhang der mit der Globalisierung begründeten Abwärtsspirale von sozialen und ökologischen Standards. Aus diesem

Grund hat sich die AG Frauen mit einem Workshop „Geschlechtergerechtigkeit, Nachhaltigkeit und die Diskurse um demographische Entwicklung weltweit“ an der Konferenz „McPlanet.com“<sup>3</sup> beteiligt.

Hieraus entstanden ist die Idee zu einer Broschüre, die unsere Arbeit und die Arbeiten von Diana Hummel und Susanne Schultz, die nicht am Workshop teilnehmen konnten, zum Thema bündeln soll. Die einzelnen Beiträge zeigen auf unterschiedliche Weise: Es gibt eine Tendenz, sozial-ökonomische Konflikte zu demographischen Konflikten umzudeuten. Die Bevölkerungspolitikpropaganda dient der Verschleierung der realen Ursachen sozialer und auch ökologischer Probleme. Verteilungsfragen sind aber keine Fragen der Biologie, sondern politische Fragen.

Für die AG Frauen ist deshalb ein Perspektiven- und Paradigmenwechsel unumgänglich, der ein vorsorgendes Wirtschaften im Sinne einer *Caring Economy* in den Mittelpunkt stellt. Männer und Frauen sollen selbstbestimmt ihr Leben gestalten können. Die angefachte Konkurrenz zwischen Eltern und Kinderlosen verdeckt die Frage, was Kinder brauchen und welche Arbeiten eine nachhaltige Gesellschaft braucht. *Öffentliche wie private Sorgearbeiten* (das schließt übrigens ökologische Sorgearbeiten ein) sind nicht nur neu zu bewerten, sondern auch gesellschaftlich abzusichern. Kooperation, Solidarität und Enkeltauglichkeit – egal, ob es sich dabei um die eigenen Nachkommen handelt – müssen handlungsleitend für eine echte Nachhaltigkeitspolitik weltweit sein. Mit anderen Worten: Es wird Zeit, andere Fragen zu stellen. Wir stellen sie in dieser Broschüre.

<sup>3</sup> McPlanet.com „Konsum, Globalisierung, Umwelt“, 3.-5. Juni 2005, Universität Hamburg. Organisiert von attac, BUND und Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie ([www.mcplanet.com](http://www.mcplanet.com))

- Diana Hummel fragt aus sozial-ökologischer Perspektive nach der Anpassungsfähigkeit von Versorgungssystemen.
- Elisabeth Stiefel fragt nach einer anderen Ökonomie.
- Gertrud Dorsch fragt nach einer am Haushalten in weitem Sinne orientierten Ökonomie.
- Susanne Schultz fragt danach, welche neoliberalen Rationalitäten in den bevölkerungspolitischen Programmen nach der UN-Konferenz in Kairo 1994 eine Rolle spielen.
- Daniela Gottschlich stellt ökologische Begründungen von Bevölkerungspolitik in Frage.

*Diana Hummel* bezieht sich in ihrem Beitrag auf das Forschungsprojekt „Die Versorgung der Bevölkerung (demons)“, das einen fundamentalen Perspektivenwechsel vollzieht. In diesem Projekt werden *nicht* – wie im hegemonialen Bevölkerungsdiskurs üblich – die ökologischen und sozialen Auswirkungen von Bevölkerungsveränderungen untersucht. Im Mittelpunkt der interkulturell vergleichenden Analyse steht vielmehr die Frage, wie Versorgungssysteme angepasst und reguliert werden können und müssen, wenn sich die demographischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern. Hummels These: Nicht die Bevölkerungsveränderungen an sich stellen ein Problem dar, sondern vielmehr fehlende oder nicht hinreichend ausgebildete Anpassungsmöglichkeiten von Gesellschaften an demographische Veränderungen.

Die Nicht-Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft beschreibt und kritisiert auch *Elisabeth Stiefel*. Während die vermeintliche Selbstverwirklichung von gut ausgebildeten Frauen an den Pranger gestellt wird, hat die Politik die Chance verpasst, vorausschauende Konzepte zu entwerfen, die das Verhältnis der Geschlechter berücksichtigen. Es fehlen Vorstellungen, wie die ökonomische und soziale Entwicklung so gestaltet werden kann, dass die ‚Familie‘ funktionsfähig bleibt, ohne dass

sich Frauen vor allem über ihre Fruchtbarkeit definieren lassen müssen. Der Ernährerhaushalt ist längst überholt, bestimmt aber nach wie vor die Geschicke der Politik, ohne dass die vorherrschenden ökonomische Kategorien je in Zweifel gezogen würden.

Der Beitrag von *Gertrud Dorsch* befasst sich mit der Problemreduzierung des demographischen Wandels auf eine „Überalterung“ der Gesellschaft. Damit werden Frauen dreifach diskriminiert: Erstens sorgen sie nicht für genügend Nachwuchs; zweitens leben sie länger als Männer und drittens wird ihre unbezahlte Arbeit zur Erhaltung und Gestaltung von Leben ignoriert. Dorsch kritisiert die herrschenden Vorschläge zur Bewältigung angeblicher Probleme als androzentrisch und als eine nicht am Wohl der Menschen orientierte Ökonomie. Sie schlägt einen alternativen Ökonomieansatz vor.

*Susanne Schultz* analysiert die Bevölkerungspolitik seit der Konferenz von Kairo 1994. Sie weist nach, wie wenig sich die Politik des „population establishment“ tatsächlich von der aus grauer Vorzeit stammenden Theorie des Ökonomen Malthus entfernt hat. Nicht zuletzt die Verknüpfung von Neomalthusianismus und Neoliberalismus spielt dabei eine zentrale Rolle. Feministische Konzepte wie „reproduktive Gesundheit“ werden vom „population establishment“ umformuliert, so dass demographische Ziele auch weiterhin internationale Gesundheits-, Frauen- und Entwicklungspolitik beeinflussen.

Im Zentrum des letzten Beitrags steht die Kritik an einer ökologisch begründeten Bevölkerungspolitik. *Daniela Gottschlich* zeigt an verschiedenen Beispielen, wie wirkmächtig mittlerweile die Verknüpfung der bevölkerungspolitischen Diskussion mit dem Diskurs um nachhaltige Entwicklung geworden ist. Diese führe dazu, dass selbst in sozialen Bewegungen bevölkerungspolitische Maßnahmen aus dem Handlungsbedarf der ökologischen

Krisenbewältigung abgeleitet werden. Gleichzeitig werde die neoliberale Transformation des Konzeptes nachhaltiger Entwicklung weiter voran getrieben.

Die Beiträge von Susanne Schultz und Daniela Gottschlich zeigen, dass die diskursive Verknüpfung sowohl von bevölkerungspolitischen und feministischen Zielen als auch von bevölkerungspolitischen und nachhaltigen Zielen bereits zu einer Aufwertung und Akzeptanz von Bevölkerungspolitik geführt hat.

Eine Aufwertung und Akzeptanz von Bevölkerungspolitik, die staatlich verordnete Herrschaft über Frauen ohne Rücksicht auf Menschenrechte und sozial-ökologische Gerechtigkeit propagiert, ist aus feministischer Sicht aber schlicht abzulehnen. Demographische Demagogie ist ganz sicher nicht die richtige Art und Weise, unsere Gesellschaft gerechter, lebenswerter und ökologischer zu machen.

Wir danken allen ganz herzlich, die diese Broschüre möglich gemacht haben – insbesondere dem Forum Umwelt und Entwicklung und der Leitstelle für Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit (genanet) für die finanzielle Unterstützung.

*Daniela Gottschlich  
und Juliane Grüning*

### **Literatur:**

Butterwegge, Christoph (2005): Demografischer Wandel, in: Wissenschaftlicher Beirat von attac (Hg.): ABC der Globalisierung, Hamburg, S. 30-31

„Demografische Bombe tickt“. Expertenkommission mahnt radikale Reformen zu Gunsten von Familien an, in: Neue Osnabrücker Zeitung, 16.12.2005

Die Bundesregierung (Hg.) (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, Berlin

Gaschke, Susanne (2006): Was Eltern verdienen. SPD und Union wetteifern um die bessere Familienpolitik. Fast alle profitieren, in: DIE ZEIT, Nr. 4, 19.01.2006, S. 1



# Bevölkerungsentwicklung, Versorgungssysteme und Geschlechteraspekte: Eine sozial-ökologische Perspektive

Diana Hummel

**D**er vorliegende Beitrag beleuchtet Bevölkerungsentwicklung und Genderaspekte aus einer sozial-ökologischen Perspektive: Diese fokussiert auf Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungsveränderungen und krisenhaften Entwicklungen gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Am Beispiel der Versorgungssysteme für Wasser und Nahrung wird dargestellt, welche Bedeutung dabei den Geschlechterverhältnissen zukommt.

## Wechselwirkungen von Bevölkerungsveränderungen und Versorgungssystemen

Aus sozial-ökologischer Sicht bildet die Bevölkerungsentwicklung eine Randbedingung von gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen und sozial-ökologischen Transformationen, d.h. komplexen, nur bedingt beeinflussbaren Veränderungen der Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft. Die Analyse der Bevölkerungsentwicklung wird im sozial-ökologischen Ansatz mit der Frage nach der Anpassungsfähigkeit (*Adaptivität*) von Gesellschaften verbunden. Es ist durchaus nicht unerheblich, wie viele Menschen sich ernähren, arbeiten und konsumieren, sich fortbewegen, kleiden und wohnen, wie

viele Menschen Schulen und Universitäten besuchen oder die Gesundheits- und Sozialsysteme in Anspruch nehmen. Die These ist: Nicht die Bevölkerungsveränderungen an sich stellen ein Problem dar, sondern vielmehr fehlende oder nicht hinreichend ausgebildete Anpassungsmöglichkeiten von Gesellschaften an demographische Veränderungen. Die besondere Aufmerksamkeit des sozial-ökologischen Forschungsansatzes gilt den *Wechselwirkungen* zwischen demographischen Entwicklungen und sozial-ökologischen Problemlagen. Die Ursachen, Determinanten und sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen der Bevölkerungsentwicklung lassen sich nach diesem Verständnis nicht als lineare Kausalbeziehungen beschreiben. Vielmehr handelt es sich um ein komplexes Gefüge von Wechselwirkungen, bei dem Auswirkungen demographischer Prozesse wiederum auf die Ursachen zurückwirken können.

Exemplarisch dafür steht das Forschungsprojekt „Die Versorgung der Bevölkerung“ (*demons*)<sup>1</sup>: Am Beispiel der Versorgungssysteme für Wasser und Nahrung wird interkulturell vergleichend untersucht, inwiefern verschiedene demographische Entwicklungen (Bevölkerungswachstum und -rückgang, Migration, Urbanisierung) mit Veränderungen der Versorgungssysteme verknüpft sind und welche sozial-ökologischen Probleme daraus resultieren. Somit wird die Blickrichtung gewechselt: Nicht die Auswirkungen von Bevölkerungsveränderungen auf „die Umwelt“ oder „die Gesellschaft“

<sup>1</sup> Das Akronym *demons* steht für „demographic trends, needs & supply systems“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Förderschwerpunkt „Sozial-ökologische Forschung“ gefördert ([www.demons-project.de](http://www.demons-project.de)).

werden untersucht, sondern die Adaptivität und Regulationsfähigkeit von Versorgungssystemen unter veränderten demographischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Versorgungssysteme haben die Funktion, für die Menschen Güter wie z.B. Wasser, Nahrungsmittel, Energie und Wohnraum bereitzustellen. In ihnen sind ökologische, soziale, ökonomische, technische und politische Prozesse auf spezifische Weise miteinander verwoben. Sozial-ökologische Problemlagen in Versorgungssystemen zeichnen sich dadurch aus, dass gesellschaftliche Praktiken und soziale Aspekte wie z.B. verschiedene Handlungsrationitäten unterschiedlicher Akteurlinnen oder institutionelle Logiken mit ökologischen Problemen verknüpft sind. Dabei ballen sich Interessen- und Zielkonflikte; vermeintliche Problemlösungen können zu neuen Problemursachen führen. In vielen Teilen der Welt sind die für die Befriedigung der Grundbedürfnisse zentralen Bereiche wie z.B. Wasser, Ernährung und Energie von krisenhaften Entwicklungen geprägt, die sich mehr und mehr verschärfen. Versorgungssysteme stehen in enger Wechselwirkung zu Bevölkerungsdynamiken, sozialstrukturellen Differenzierungen und gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen. Die Anzahl der jetzt und zukünftig zu versorgenden Menschen, ihre Bedürfnisse, Lebensstile und Konsummuster ist für die Ausgestaltung und das Funktionieren der Versorgungssysteme von erheblicher Bedeutung, denn die von den Versorgungssystemen zu erbringenden Leistungen stehen in Abhängigkeit zum gesellschaftlichen Bedarf, der auch aus der Bevölkerungsdynamik resultiert. Gleichwohl müssen neben quantitativen demographischen Faktoren auch qualitative Aspekte berücksichtigt werden. Eine Bevölkerung ist z.B. zu differenzieren nach Alterszusammensetzung, Haushaltsformen, sozialem Status und kulturellen Milieus (Hummel u.a. 2004). Wie die einzelnen Versorgungssysteme gestaltet werden und welche spezifischen sozial-ökologischen Problemlagen daraus resultieren, ist neben der

Bevölkerungsdynamik abhängig von gesellschaftlichen Praktiken, Institutionen, Wissens- und Technologieformen. Auf diese Weise bilden sich komplexe Wirkungszusammenhänge mit Regulationsmustern auf unterschiedlichen Ebenen aus.

### **Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse**

Sozial-ökologische Problemlagen bei der Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln und die weltweiten Transformationen der entsprechenden Versorgungssysteme können in einem theoretischen Zugang als Ausdruck krisenhafter Entwicklungen gesellschaftlicher Naturverhältnisse betrachtet werden. Der Terminus gesellschaftliche Naturverhältnisse bezeichnet das Geflecht der vermittelnden, historisch variablen Beziehungen und Verhaltensformen zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur und die sich darin herausbildenden Muster (Becker/ Jahn 2006): In allen Gesellschaften existieren spezifische Verhältnisse zur natürlichen Mitwelt, zu anderen Menschen und zur jeweiligen Kultur, die ständig reguliert werden müssen, damit menschliches Leben möglich ist und Gesellschaften sich weiterentwickeln können. Es handelt sich um kulturell spezifische, historisch variable Formen und Praktiken, in und mit denen Gesellschaften ihr Verhältnis zur Natur stofflich-materiell und kulturell symbolisch regulieren. Bestimmte Modelle können hegemonial werden und traditionelle Wissensformen entwerten und marginalisieren. Moderne industriekapitalistische Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass die Regulierungsformen einer zunehmenden Ökonomisierung, Verrechtlichung, Verwissenschaftlichung und Technisierung unterliegen. Basale gesellschaftliche Naturverhältnisse sind z.B. Arbeit und Produktion, Sexualität und Fortpflanzung, Ernährung, Fortbewegung. Deren Regulierung ist für die individuelle und gesellschaftliche Reproduktion unverzichtbar. Dabei spielen Arbeit und Produktion einerseits, Sexualität und Fortpflan-

zung andererseits eine prominente Rolle, denn ohne sie wären die Reproduktion und Evolution des gesellschaftlichen Lebens nicht möglich. Ihre Regulationsformen sind ausschlaggebend und prägend für die Art und Weise, in denen andere gesellschaftliche Naturverhältnisse reguliert werden. Produktionsverhältnisse und Geschlechterverhältnisse können so als zwei Pole einer Regulationsordnung betrachtet werden, die auch die Bevölkerungsentwicklung in unterschiedlicher Weise bestimmt: So wirken sich beispielsweise Arbeitsteilungen, Verwandtschaftssysteme, Erbfolgen und Eigentumsordnungen sowohl auf die Versorgungsstrukturen als auch auf das generative Verhalten aus. Die Bedingungen der Bevölkerungsentwicklung sind somit eingebunden in das Gefüge gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Demographische Veränderungen allein als quantitatives Phänomen zu betrachten, das sich in Bestandszahlen, Fertilitätsziffern, Wachstumsraten etc. ausdrücken lässt, ist daher wenig weiterführend. Denn die Bevölkerungsentwicklung steht neben ökonomischen Bedingungen in Verbindung mit sich wandelnden Normen, Werten und Bedürfnissen, die wiederum mit unterschiedlichen Lebensstilen, Konsummustern und kulturellen Praktiken verknüpft sind.

### Geschlechtsspezifische Dimensionen der Versorgung

Bei der Frage nach der Relevanz demographischer Entwicklungen für die Transformation von Versorgungssystemen für Wasser und Ernährung kommt Genderaspekten eine erhebliche Bedeutung

<sup>2</sup> Zudem ist die Debatte zu „diversity“ (Vielfalt) wichtig für das Verständnis von Gender: Geschlecht als Differenzposition zu betrachten bedeutet hier, auch andere Unterscheidungsmerkmale mit einzubeziehen wie „class, income, ethnicity, age, sexual orientation, educational level, poor and rich, disability, geographical distinctions“ (WISE 1999).

zu<sup>2</sup>: Einerseits haben die jeweiligen Geschlechterordnungen und Geschlechterverhältnisse Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung; andererseits weisen Versorgungssysteme eine Vielfalt geschlechterrelevanter Aspekte auf. Versorgung ist per se eine soziale Handlung; die Versorgungsordnung (Schultz 1997) umfasst sowohl materiell-technische und administrative Strukturen als auch soziale Formen und Muster der *Versorgungsarbeit*. Diese Formen der Versorgungsarbeit manifestieren sich innerhalb der Geschlechterverhältnisse insbesondere in geschlechtsspezifischen Formen der Arbeitsteilung. Eine weitere, genderbezogene Dimension der Versorgung kommt in geschlechtsspezifischen Unterschieden beim *Zugang* zu Versorgungsgütern und Dienstleistungen zum Ausdruck. Die Transformation von Versorgungssystemen kann zu Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, aber auch zu einer Veränderung des Anteils von hauswirtschaftlicher bzw. subsistenzorientierter und erwerbsökonomischer Arbeit führen. Für die Analyse geschlechtsspezifischer Aspekte von Versorgungssystemen und Bevölkerungsdynamiken sind folgende Dimensionen zu berücksichtigen:

- Formen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung (Gendered Division of Labour);
- geschlechtsspezifischer Zugang zu Ressourcen (Access to Resources, z.B. Rechte an Land, Besitztitel, Erbschaftsregelungen);
- gesellschaftliche Organisation der Reproduktion, Haushaltsorganisation und Familienbeziehungen (Organisation of Intimacy);
- Gestaltungsmacht in Entscheidungsprozessen (Shaping Power in Science, Technology and Politics) (vgl. Schultz u.a. 2003).

Geschlechterordnungen und -arrangements sind innerhalb der Versorgungssysteme von zentraler Bedeutung, beispielsweise im Hinblick auf die Erwerbs-, Reproduktions- und Versorgungsarbeit,

die Haushaltsorganisation sowie Kinderbetreuung. Der Charakter der Versorgungsarbeit (Ressourcenakquisition, Reproduktionsarbeit, Erziehungsarbeit ...) verändert sich ständig und ist nicht mit einem Verständnis unterschiedlicher funktionaler Arbeitsvorgänge zu begreifen. Neuartig an der Hausarbeit ist, dass die auf die Versorgung bezogenen Arbeiten abgestimmt und eingepasst werden müssen in die gesellschaftlichen Strukturen einer in wachsendem Maße flexibilisierten und entgrenzten Erwerbsarbeit. Dies schlägt sich auf der Ebene der Alltagsorganisation nieder: Nach wie vor sind die mit der Organisation des Alltags verbundenen Tätigkeiten ungleich zwischen Männern und Frauen verteilt; die Organisation der Haushalts- und Versorgungsarbeit entspricht weiterhin meist dem traditionellen Geschlechterrollenmodell, nach dem die Verantwortung in den Zuständigkeitsbereich der Frauen fällt. Forschungen über die „neue Hausarbeit“ konzentrieren sich vor allem auf die Außenbeziehungen und Schnittstellen haushälterischen Handelns zu Institutionen und den damit verbundenen Anforderungen und Belastungen, zu denen die Wechselbeziehungen zur Erwerbsarbeit hinzukommen (vgl. Schlegel-Matthis 2003: 74ff.). Die mit dem Wandel der Erwerbssphäre sowie den Veränderungen der Geschlechterverhältnissen verbundenen Auswirkungen auf die Organisation der Haus- und Versorgungsarbeit lassen sich als „Krise der Reproduktionsarbeit“ (Rodenstein u.a. 1996; Spitzner 2004) charakterisieren. Die Krise der Reproduktionsarbeit bezeichnet die Erosion des traditionellen Verständnisses der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die damit einhergehenden Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch den Anstieg weiblicher Erwerbsarbeit. Auf diese Widersprüche wird unterschiedlich reagiert: Etwa durch den Verzicht auf Kinder bzw. eine Beschränkung der Kinderzahl oder auch durch die Substitution der Reproduktionsarbeit durch informelle und formelle Dienstleistungen (beispielsweise in Form prekärer

Arbeitsverhältnisse von Migrantinnen in Haushalten und in der häuslichen Pflege von SeniorInnen). Teil dieser Transformationen sind neue Formen sozialer Differenzierung, die sich in verändernden Lebensstilen und in räumlich ausprägenden sozialen Milieus darstellen. Sinkende Geburtenraten und steigende Kinderlosigkeit können somit als Ausdruck der Reproduktionsarbeitskrise betrachtet werden.

### **Gender, Livelihood & Ernährungssicherung**

Für ein Verständnis der Transformationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Bereich der Nahrungs- und Wasserversorgung ist die Analyse der Geschlechterverhältnisse unabdingbar, da die Formen der Ressourcenbewirtschaftung und Nutzungsmuster geschlechtsdifferent ausgeprägt sind. Global stellt die Ernährungssicherheit nach wie vor eines der zentralen Probleme dar. Die Zahlen sind bekannt: Mehr als 800 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu ausreichender Nahrung, um gesund und produktiv zu leben. Nach Schätzungen der FAO wird das auf dem Welternährungsgipfel formulierte Ziel, die Anzahl der von Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen bis zum Jahr 2015 auf 400 Millionen Menschen zu halbieren, nicht vor dem Jahr 2030 erreicht werden. Global werden weitaus genügend Nahrungsmittel produziert, um die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren. Dass dennoch so viele Menschen an Hunger und Unterernährung leiden, hat im Wesentlichen politische Ursachen – es geht um Fragen der ungerechten Verteilung. Wie der indische Ökonom Amartya Sen in zahlreichen Studien dargelegt hat, liegt der Schlüssel zur Ernährungssicherheit vor allem in der Frage des *Zugangs* zu Nahrungsmitteln, d.h. der substantziellen Freiheit der Individuen und Familien, sich Nahrungsmittel zu beschaffen. Die Menschen leiden demnach Hunger, weil sie ihr Zugangsrecht auf angemessene Nahrung nicht wirksam

machen können (Sen 2000: 198). Diese Zugangsrechte sind vor allem abhängig von der Grundausstattung mit produktiven Ressourcen und Gütern, von individuellen Produktionsmöglichkeiten, der Art der Technologie, Wissens- und Ausbildungsniveaus – und insbesondere von politischen und sozialen Rechten. Soziale Institutionen, welche die Eigentums- und Nutzungsrechte und den Zugang zu Land und zu natürlichen Ressourcen regeln, sind hier maßgeblich entscheidend, wie z.B. Pachtverhältnisse, bei denen sich formelle und informelle Nutzungsrechte überlagern und auch wechselseitig ausschließen können. Frauen machen weltweit die Hälfte der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft aus, in Afrika stellen Frauen mancherorts sogar bis zu 90 Prozent der Arbeitskräfte. In vielen Ländern ist der Anteil der Männer in der Landwirtschaft rückläufig, weil diese auf der Suche nach besseren Einkommen in die urbanen Zentren migrieren.

Doch der hohe Anteil von Frauen in der Landwirtschaft sagt noch wenig über ihre Gestaltungsmacht aus. Fehlender Zugang zu Kredit, Land und Betriebsmitteln trifft Frauen in besonderem Maße. Vielfach sind ihre Rechte an dem Land und Besitztitel an die Ehe gebunden. Stirbt der Ehemann oder kommt es zur Trennung, sind die Rechte der Frauen an dem Land eingeschränkt. Diese fehlenden „livelihood rights“ sind vielfach eng mit ökologischen Veränderungen verknüpft, die aus der Destabilisierung sozialer Systeme mit ihrem traditionellen Erfahrungswissen resultieren. Die Verstaatlichung der gemeinschaftlich genutzten Güter („commons“) und die Privatisierung von ehemals gemeinschaftlich genutzten Ressourcen wie Wald, Wasser und Anbauflächen schränken häufig den Zugang der lokalen Bevölkerung ein und untergraben indigene gemeinschaftliche Bewirtschaftungssysteme. Für wirtschaftlich unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen wird die Versorgungslage dann häufig prekär. Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Exportproduktion geht vielfach auf Kosten

der Nahrungsproduktion für den Inlandbedarf. In Honduras etwa verschärfte sie die Landkonzentration und forcierte zugleich die Entwaldung, weil Land, das ehemals für Brennholz-, Nahrungsmittel- und Futterproduktion genutzt wurde, jetzt umgewidmet wurde für Exportanbau und Viehwirtschaft (Schminck 1994).

Frauen sind als die Hauptverantwortlichen für die Versorgung ihrer Familien zugleich oftmals die Hauptbetroffenen von Umweltproblemen. Die Mehrarbeit und Verantwortungslast für die Naturerhaltung und Regenerierung fällt größtenteils in den Zuständigkeitsbereich von Frauen – sowohl im Süden als auch im Norden. Feministische Forscherinnen beschreiben dies als „Feminisierung sozialer und ökologischer Verantwortung“ (Wichterich 2004; Schultz 1993). In Industrieländern erfolgt dies z.B. durch die Informationsbeschaffung über umweltverträgliche Produkte und eine gesunde Ernährung für die Familie. In Ländern des Südens sind es die Frauen und Mädchen, welche die Auswirkungen von Umweltveränderungen oft als erste zu spüren bekommen und z.B. immer weitere Strecken zum Wasserholen zurücklegen müssen, weil die Wasserrückhaltung durch Bodenerosion beeinträchtigt ist (Argawal 2002). So hat die Entwaldung im Sudan beispielsweise dazu geführt, dass sich die Zeit, die Frauen für das Sammeln von Brennholz aufwenden müssen, vervierfacht hat. Die Energie, die Frauen für das Schleppen von Wasser von spärlichen und weit verstreuten Wasserstellen aufwenden, macht dort ein Drittel der täglichen Kalorienzufuhr aus (MacDonald/ Nierenberg 2003). Eine größere Kinderzahl ist für die Familien und besonders die Frauen in solchen Situationen oft entlastend, weil Kinder Unterstützung und Hilfe leisten bei der täglichen Versorgungsarbeit oder dem Beaufsichtigen jüngerer Geschwister.

Das Zusammenspiel von Bevölkerungsentwicklung, Versorgungsstrukturen und Geschlechterrollen muss daher im

Kontext der politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Prozesse betrachtet werden, die sozial-ökologische Probleme der Versorgung bewirken. Anstelle von Überlegungen, wie viele Menschen ein bestimmtes Gebiet oder gar der gesamte Globus tragen kann und statt fragwürdiger Versuche einer Bevölkerungssteuerung sind *Möglichkeiten und Bedingungen einer nachhaltigen Versorgung* zu erforschen, die sozial und ökologisch verträglich und damit auch geschlechtergerecht gestaltet werden kann.

### Literatur:

- Argawal, Bina (1992): The Gender and Environment Debate. Lessons from India, in: *Feminist Studies*, Vol. 18, No.1, S. 119-158
- Becker, Egon/ Jahn, Thomas (2006): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, Frankfurt a.M./ New York
- Hummel, Diana u.a. (2004): *Versorgungssysteme als Gegenstand sozial-ökologischer Forschung: Ernährung und Wasser, demons working paper 2*, Frankfurt a.M.
- MacDonald, Mia/ Nierenberg, Danielle (2003): Die Beziehung zwischen Bevölkerung, Frauen und biologischer Vielfalt, in: *Worldwatch Institute* (Hg.): *Zur Lage der Welt*, Münster, S. 103-137
- Rodenstein, Marianne u.a. (1996): Reproduktionsarbeitskrise und Stadtstruktur, in: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hg.): *Agglomerationsräume in Deutschland*, Hannover
- Sen, Amartya (2000): *Ökonomie für den Menschen*, München/ Wien
- Schlegel-Matthies, Kirsten (2003): Bildung für Lebensführung – eine neue Aufgabe für die Schule!?, in: *Methfessel, Barbara/ dies. (Hg.): Fokus Haushalt. Beiträge zur Sozioökonomie des Haushalts*, Baltmannsweiler, S. 71-84
- Schminck, Marianne (1994): The Socioeconomic Matrix of Deforestation, in: *Arizpe, Lourdes u.a. (Hg.): Population & Environment. Rethinking the Debate*, Boulder, S. 253-275
- Schultz, Irmgard (Hg.) (1993): *GlobalHaushalt. Globalisierung von Stoffströmen – Feminisierung der Verantwortung*, Frankfurt a.M.
- Schultz, Irmgard (1997): Globalökologische Krise und die Erosion der staatlichen Versorgungsordnung, in: *Kreisky, Eva/ Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformationen*, Opladen, S. 311-333
- Schultz, Irmgard u.a. (2003): *Research on gender, the environment and sustainable development. Studies on gender impact assessment of the programmes of the fifth framework programme for research, technology, development and demonstration*, Luxemburg (European Commission)
- Spitzner, Meike (2004): *Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck – Gender-Analyse am Beispiel ÖPNV*, netWORKS-papers Nr. 13, Berlin
- Wichterich, Christa (2004): *Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung*, Wuppertal Papers Nr. 141, Wuppertal
- WISE – Women's International Studies Europe (1999): *Gender and/in European Research: The 5th Framework Programme of the European Community for Research, Technological Development and Demonstration Activities 1998-2002*, Utrecht

# Kinder im totalen Markt – wo, bitte, geht's zur Zukunft? Feministisch-ökonomische Betrachtungen zu patriarchalen Wirtschafts-, Denk- und Handlungsweisen

Elisabeth Stiefel

**G**esellschaftliche Entwicklungen, die das Alltagsleben entscheidend verändern, bahnen sich oft nur langsam einen Weg ins öffentliche Bewusstsein. Ihre Symptome hält man für Randerscheinungen, die keiner besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Man ist überzeugt, die gewohnte Ordnung werde Bestand haben, auch wenn sich ihre Formen ändern.

## Demographischer Wandel und Geschlechterverhältnisse

Der ‚demographische Wandel‘ ist seit Jahrzehnten sichtbar, doch zum Megathema wurde er erst in der jüngsten Vergangenheit. Mit Schrecken glaubte man wahrzunehmen, dass die Deutschen ein „Volk des Verschwindens“ geworden sind (Schmid 2005: 8). Wen wundert's, dass in dieser angstgeplagten Situation auch längst überwunden geglaubte Schuldzuweisungen an das weibliche Geschlecht zum Vorschein kommen? Welch eine Gelegenheit, wieder einmal den Drang der Frauen nach Selbstverwirklichung an den Pranger zu stellen!

Eine überregionale Tageszeitung gab z.B. vor wenigen Monaten dem Psychiater Dr. Holger Bertrand Flöttmann die Gelegenheit, den „virulenten Geist des Feminismus“ zu beschwören, der zusammen mit dem einseitigen Streben nach

Besitz und Vergnügen für die Ausbreitung kinderfeindlicher Lebensformen verantwortlich sei. Er verführe die Frau dazu, „die Freude an Kindern in ihrer Seele vertrocknen“ zu lassen. In der freud- und kinderlosen Leere verkümmere „das typisch Weibliche (...), nämlich die Fruchtbarkeit“ (Flöttmann 2005: 7).

Nicht nur Feministinnen sehen in solchen Kommentaren die langen Ausläufer eines vormodernen Zeitalters. Andererseits lässt sich kaum übersehen, wie sehr auch der offizielle Sprachgebrauch der Politik bzw. die Politik selber lange keinen Zweifel daran aufkommen ließ, dass der verheiratete Alleinverdiener mit Hausfrau und zwei Kindern die Normalität verkörpere. Der vorhandenen Vielfalt von Paarbeziehungen und Haushaltsformen haftet in dieser Sicht der zähe Makel der Verweigerung an, und wer das beengende Haushaltsmodell des 19. Jahrhunderts zu Gunsten von Frauen und Kindern für reformbedürftig hielt, stieß in allen politischen Lagern lange auf verschrecktes Unbehagen.

Dies hat sich geändert. Jenseits moralischer Appelle und hartnäckigem Wegsehen wuchs die Einsicht, dass tief greifende Reformen unumgänglich sind. Neben den Alarmsignalen aus der Bevölkerungsforschung waren es die Vergleichsdaten der EU zur wirtschafts- und sozialpolitischen Performance ihrer Mitglieds-

länder, die aufhorchen ließen. Nicht nur Deutschland, sondern alle Industriegesellschaften stehen vor der Herausforderung, Strategien für eine Gesellschaft, in der es immer mehr alte Menschen und weniger junge Menschen gibt, zu entwerfen, um ihre Ökonomien wettbewerbsfähig zu halten. Dabei sind jene Länder im Vorteil, die den patriarchalen Haushalt vergangener Zeiten modernisiert und ihre Märkte und Sozialsysteme auf Personen – Männer und Frauen – statt auf die traditionelle Familie zugeschnitten haben.

### Familie als Konstante?

SozialwissenschaftlerInnen in unserem Land verstehen die Familie als *soziobiologisch* definierten, Generationen übergreifenden Verbund von Personen beiderlei Geschlechts, der den Fortbestand der menschlichen Gattung sichert. Ihre Funktion ist beinahe allumfassend, ihr obliegt nicht nur die materielle, sondern auch die emotionale Versorgung ihrer Mitglieder. Sie vermittelt Werte und Identität und gewährt gesellschaftliche Einbindung und sozialen Status. Viele ZeitgenossInnen sind auch heute noch überzeugt, dass die sogenannte intakte Familie mit einer lebenslang verheirateten Hausfrau besser als jede andere Lebensform in der Lage ist, Kindern gedeihliche Verhältnisse zu bieten. Doch bei genauerem Hinsehen hat die industrielle Kernfamilie zunehmend ihre Fähigkeit eingebüßt, ihre Kinder auf die Anforderungen in der postindustriellen Gesellschaft vorzubereiten. Ihr Zuschnitt auf die Polarität und Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern hindert vor allem ihre männlichen Mitglieder daran, ihre Potenziale in vollem Umfang auszubilden.

Allzu lange hat die deutsche Sozialforschung die Augen davor verschlossen, dass Familienformen und ökonomische Entwicklung in hohem Maße voneinander abhängig sind. Auch die Erkenntnis, dass sich Familienverständnis und das Verhältnis der Geschlechter gegenseitig bedingen, ist keineswegs allgemein verbreitet.

Aus diesem Grund gibt es in unserem Land keine vorausschauenden Konzepte, wie sich die Generationensorge aufrecht erhalten lässt, ohne dass die Anpassung an den ökonomischen und sozialen Wandel vernachlässigt wird. Oder andersherum: Es fehlen Vorstellungen, wie die ökonomische und soziale Entwicklung so gestaltet werden kann, dass die ‚Familie‘ funktionsfähig bleibt, ohne dass sich Frauen vor allem über ihre Fruchtbarkeit definieren lassen müssen.

Der industrielle Wandel entzieht dem Ernährerstatus von Männern langsam, aber unaufhaltsam Substanz und Legitimation. Mit den großen Industrien sind in den letzten zwanzig Jahren in erster Linie ‚Männerarbeitsplätze‘ verloren gegangen. Vor allem gering qualifizierte männliche Arbeitnehmer finden kaum noch einen Arbeitsplatz, der ihnen erlaubt, eine Familie zu unterhalten. Dazu kommt, dass die jüngere Frauengeneration besser qualifiziert ist als ihre männlichen Altersgenossen. Zwar honoriert der Arbeitsmarkt ‚Männlichkeit‘ in aller Regel noch immer durch höhere Löhne und größere Aufstiegschancen. Doch auf lange Sicht ist der Fortbestand alter Privilegien ungesichert. Schon werden Stimmen laut, die den Frauen empfehlen, ggf. auch „nach unten“ zu heiraten.

Werden sich die Geschlechterverhältnisse kurzerhand umkehren lassen? Weder Männer noch Frauen können sich wünschen, mit umgekehrtem Vorzeichen überholte Strukturen in die Zukunft zu verlängern. Erst recht erfordert das Sozialsystem ein neues Selbstverständnis beider Geschlechter. Mit dem Niedergang des *männlichen Produzenten* und der ihm zugewiesenen Verantwortung für das Wohlergehen von Frauen und Kindern geht die Notwendigkeit einher, neue Prioritäten zu setzen. Bei knappen Kassen wird die soziale Sicherung darauf bedacht sein, ihre Unterstützung für den Mann als *Pater familias* in Grenzen zu halten.

Nachhaltige (Familien)Politik – so empfiehlt die Forschung im Sinne eines zeitgemäßen Sozialmodells – braucht ein



Instrumentarium, das die Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern tendenziell abbaut. Während Männer erkennen sollen, dass ihre Einbindung in die Familie auch ihnen selbst und ihren Kindern zugute kommt, besitzt das eigene Erwerbseinkommen von Müttern wesentlich breitere Perspektiven. Nicht nur die privaten, sondern auch die öffentlichen Kassen sind an der möglichst nahtlosen Einbindung der Frauen in den Arbeitsmarkt interessiert. Mehr oder weniger unzweideutig geht es darum, staatliche Transfers an die Familie langfristig zu reduzieren (vgl. Gruescu/ Rürup 2005).

### **Kündigt sich endlich ein Paradigmenwechsel an?**

Ist unter diesen Voraussetzungen ein Paradigmenwechsel in Sicht? Haben Frauen Grund zum Jubeln? Rückt endlich eine gleichgewichtige Partnerschaft zwischen den Geschlechtern in Reichweite, oder erlegt die neue Strategie vor allem Müttern neue Bürden auf? Frauen, die auf Kinder nicht verzichten wollten, haben in den vergangenen Jahrzehnten notgedrungen immer größere Teile der Verantwortung für ihre Kinder auf die eigenen Schultern gepackt.

Seit Menschengedenken erhofft sich die weibliche Hälfte der Bevölkerung mehr männlichen Beistand im schwierigen Geschäft der Generationensorge, ohne dass sich der erwartete Ruck durch die Männerwelt bisher angekündigt hätte. Auch heute lässt sich nur schwer abschätzen, ob sich eine Entwicklung beeinflussen lässt, die eher den Rückzug der Männer aus aktiver Elternschaft anzeigt als ein wachsendes Engagement für Frauen und ihre Kinder.

Zahlen, Fakten, Meinungen, Umfragen und Studien, die zum Nachdenken nötigen, gibt es zuhauf:

- Mehr Männer als Frauen sind oder gelten als kinderlos – weniger junge Männer als junge Frauen wünschen sich Nachwuchs. Ein hoher Anteil kinderlo-

ser Frauen bedauert, dass ihnen zur Elternschaft der richtige Partner fehlt.

- Im Jahr 2000 lebten in Westdeutschland 13,5 %, in den Neuen Ländern rund 26 % aller Kinder unter 18 Jahren bei ihrer geschiedenen/ledigen Mutter. Nur noch 84 % bzw. 69 % aller Kinder lebten zu diesem Zeitpunkt im Haushalt eines verheirateten Paares (BMFSFJ 2003: 25).
- Im Jahr 2000 lebten 10 % aller 30-34jährigen deutschen Männer noch als lediges Kind im elterlichen Haushalt (ebd.: 204).
- In Westdeutschland lebten im Jahr 2000 rund 26 % aller Männer im Alter von 25 bis 29 Jahren als Ledige allein im Haushalt (ebd.: 205).
- Fast zwei Drittel der im Jahr 2000 allein lebenden Männer waren ledig, etwa die Hälfte von ihnen befand sich in den Altersgruppen zwischen 30 und 55 Jahren. Dagegen war die Hälfte der allein lebenden Frauen verwitwet und im Rentenalter (ebd.: 51).
- Vor allem im mittleren Erwachsenenalter steigt der Anteil allein lebender Männer kontinuierlich (ebd.: 50).

Politik, die dem demographischen Trend Einhalt gebieten oder ihn gar umkehren will, sollte nicht in den Verdacht geraten, leichtfertig solche Tendenzen zu übersehen.

### **Zwischen Produktion und Konsum: Wo ist der Platz für Kinder?**

Beispiele dafür, wie sehr die öffentliche Meinung auf die Bereitschaft der Frauen zählt, unter allen (Lebens)Umständen die Bevölkerung mit Nachwuchs zu versorgen, lassen sich den Berichten und Kommentaren zum jährlichen Muttertag entnehmen. Verstreut über alle Themen und Rubriken fanden sich z.B. in der Muttertagausgabe des Kölner Stadtanzeigers (Mai 2005) Mütterporträts von Petra Gerster bis zu Karin, der tapferen Zwillingsmutter mit arbeitslosem Mann und Schichtbetrieb auf Teilzeitstelle im Altenheim.

Zum Glück kein Glorienschein, kein Muttermythos, kein Ruf nach Anerkennung des Mutterberufs, kein Appell an Ewig-Weibliches. In Köln und anderswo sind moderne Mütter nicht nur Mütter, sondern zunächst einmal erwerbstätig, dynamisch, zuversichtlich. Im Seiltanz zwischen den Anforderungen der globalisierten Arbeitswelt und ihren Kindern kommen sie irgendwie klar. Kinder stiften ihren Müttern im Alltagsstress den nötigen Lebenssinn. Und wenn mal Not an der Frau oder gar ein Kind krank ist, gibt es ja immer noch Großmütter. Warum also nicht Mutter werden? Die Botschaft aus der Kölner Zeitung lautete: *Frauen, kriegt Kinder, ihr schafft es schon.*

Kurz vor dem Kölner Mutter- gab es den Kölner Vatertag. Die traditionellen Väter traten nicht leibhaftig in Erscheinung. Nirgendwo eine Männertruppe, die mit Strohhut und Bierfass ihr Recht auf Kurzausflug von Familienpflichten geltend machte. Zum Vatertag gab es keine einhellige öffentliche Meinung, und auch das böswillige Wort „Papalüge“, mit dem die taz ein paar Tage später ihre Leser aus der Reserve locken wollte, fand keinen Widerhall.

Ganz unabhängig von den demographischen Perspektiven des Herrn Dr. Flöttmann („Mütter und Kinder gehören geachtet, geehrt und geliebt“) drängt sich die Frage nach den Ressourcen auf, die den Frauen für sich und ihre Kinder zur Verfügung stehen. Lassen sich doch auch hier ohne großen Aufwand Zahlen sammeln (alle Zahlen aus dem Jahr 2000):

- Das Einkommen von Paaren mit Kindern ist doppelt so hoch wie das Einkommen von Alleinerziehenden (BMFSFJ 2003: 148).
- Mütterliche Ein-Eltern-Familien verfügen mit 64 % (je nach Kinderzahl zwischen 57 % und 65 %) des Durchschnitts über das geringste Pro-Kopf-Einkommen aller Haushalte (ebd.: 152).
- Kinderlose Paare haben ein Pro-Kopf-Einkommen von 113 %, allein lebende Männer von 114 % des Durchschnitts zur Verfügung (ebd.).

- 24 % der alleinerziehenden Mütter benötigen Hilfe zum Lebensunterhalt (20 % mit 1 Kind, ca. 43 % mit 3 und mehr Kindern) (ebd.: 157).
- Keine Altersgruppe der Bevölkerung benötigt so häufig Hilfe zum Lebensunterhalt wie Kinder unter 7 Jahren (8,2 % aller Kinder dieser Gruppe) (ebd.: 156).
- In keinem Land der EU ist das Pro-Kopf-Einkommen in Haushalten von Alleinerziehenden so niedrig wie in Deutschland (ebd.: 181).

### **Keine Schuldzuweisungen an das männliche Geschlecht – dagegen nachhaltige Kritik an der patriarchalen Wirtschaftsweise**

Allzu leicht wird vergessen, dass in westlichen Kulturen (und nicht nur in diesen) Familie schon immer das Terrain des Mannes gewesen ist. Ob *Oikonomos* oder *pater familias*, ob Hausvater, Haushaltsvorstand oder Hauswirt – der Blick ins Innere des Haushalts und damit der Einblick in die Geschlechterverhältnisse brach sich an einem Mann, der nach Innen und Außen für *seine Wirtschaft* Verantwortung trug. Nur unter der Bedingung, dass der *Hausherr* die Existenz der *Seinen* sichert, ist es überhaupt denkbar, Frauen in erster Linie an ihrer ‚Fruchtbarkeit‘ zu messen (die amtliche Statistik bedient sich des Begriffs der ‚Fertilität‘), um ihnen in den Systemen von Ökonomie und Gesellschaft ihre Plätze anzuweisen.

In der gelebten Realität haben sich die Mitglieder der Familie in Jahrhunderte langen Prozessen von der Hausgewalt eines Mannes langsam emanzipiert. Dagegen bestimmt in unserem Land der männerdominierte Privathaushalt als kleinste Einheit der Volks- und Staatswirtschaft bis heute die Maximen der Ökonomen und Politiker, wenn es um den politischen Alltag geht. Nirgendwo sonst in Europa prägt der Ernährerhaushalt des 19. Jahrhunderts in derselben Weise wie in Deutschland noch immer die Einkom-

mensbesteuerung von Ehegatten ebenso wie die Ausformung von Sozialtransfers. Er dokumentiert ein Verständnis von Wirtschaften, für das nur zählt, was sich kaufen oder verkaufen lässt.

Frauenbewegungen und Frauenforschung haben immer wieder versucht, im Konzept Familienhaushalt auch der Tätigkeit der Frau einen Namen zu geben. Es sollte sichtbar werden, dass ihre Arbeit nicht einfach gleichgesetzt werden kann mit dem Konsum von Gütern, die aus dem hart erarbeiteten Geld des Hausherrn beschafft worden sind. In jüngster Zeit hat international der von feministischen Ökonominen eingebrachte Begriff *Care* Beachtung erlangt. *Care* meint Pflege, Betreuung, Erziehung im Sinne von Dienstleistungen für Personen, unabhängig davon, ob sie unbezahlt im privaten Haushalt erbracht oder sozialstaatlich bereitgestellt werden<sup>1</sup>.

Im Gegensatz zur älteren Begrifflichkeit der *Reproduktion* bringt *Care* zum Ausdruck, dass das industrielle Verständnis von Wirtschaften der Vielfalt menschlicher Bedürfnisse nicht entspricht. Doch der Versuch, öffentliche und private Dienstleistungen für die Familie in den Theorien der Marktwirtschaft unterzubringen, stößt auf Widerstand. Kein orthodoxer Ökonom hat je versucht, die Kategorien von Adam Smith in Frage zu stellen. Mit seinem 1776 erschienen Werk zum Reichtum der Nationen verbannte Smith personen- gebundene Dienstleistungen aus dem ökonomischen Modell. DienstleisterInnen müssen bezahlt oder unterhalten werden. Sie verursachen Kosten, die zu Gunsten von Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Güterproduktion eingespart werden können.

<sup>1</sup> Sehr aufschlussreich ist der Aufsatz von Francesca Bettio und Janneke Plantenga (2004) „Comparing Care Regimes in Europe“, der einen Überblick verschafft über die Vielfalt der in Europa praktizierten Sozialstaatsmodelle.

Zwischen den Maximen des Ahnherrn der industriellen Wirtschaftsweise und den erkennbaren Ursachen des Ressourcenschwunds für die Generationensorge besteht eine frappierende Übereinstimmung. Auf den ersten Blick sind Leidtragende vor allem Frauen und Kinder, die für ihren Unterhalt selber aufkommen und den Wegfall öffentlicher Dienstleistungen kompensieren sollen.

Aber auch Männer bleiben keineswegs unbehelligt. Das industrielle Arbeitskonzept taugt ebenso wenig zur Zukunftsbewältigung wie das traditionelle männliche Selbstbild. Junge Frauen sind heute nicht nur besser ausgebildet, sondern auch mobiler als Männer. In wirtschaftlich benachteiligten Regionen der EU finden Männer schon heute oft keine Partnerin mehr. Die Gefahr, dass die männliche Hälfte der Menschheit den Anschluss an eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise behindert und dabei selber Schaden nimmt, sollte nicht gering geachtet werden.

## Literatur:

Bettio, Francesca/ Plantenga, Janneke (2004): Comparing Care Regimes in Europe, in: *Feminist Economics* 10 (1), March 2004, S. 85-113, <http://www.feministeconomics.org>

BMFSFJ/ Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): Familie im Spiegel der amtlichen Statistik 2003, Berlin

DIE TAGESZEITUNG: 14./15./16. Mai 2005 (Pfingsten), brennpunkt: 4

Flöttmann, Holger Bertrand (2005): Der Wunsch nach einem Kind, in: FAZ, 13.6.2005, S. 7

Gruescu, Sandra/ Rürup, Bert (2005): Nachhaltige Familienpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* vom 6. Juni 2005

Kölner Stadtanzeiger, Samstag, 07./08. Mai 2005 (Muttertagsausgabe)

Schmid, Josef (2005): Volk des Verschwindens, Rheinischer Merkur spezial, Nr. 32, S. 8

# Demographischer Wandel, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit<sup>1</sup>

Gertrud Dorsch

**G**erade pensioniert (1996) lese ich in der Tageszeitung die Überschrift eines Berichtes über ein Seminar der EU-Kommission fett und groß gedruckt: „Überalterung gefährdet die Zukunft der EU“. Die Überalterung mache die hohe Anzahl der Menschen über 60 Jahre im Verhältnis zur geringen Geburtenzahl aus. Weiter heißt es u.a. „die Folge dieses ‚demographischen Schocks‘ (EU-Kommission) wird nicht nur ein wirtschaftlicher Rückgang in der EU und damit eine geringere Wettbewerbsfähigkeit auf der Weltbühne sondern auch eine Verminderung ihres politischen Einflusses sein“ (Münstersche Zeitung, 28.10.1996). Aha, jetzt weiß ich es, ich soll von heute auf morgen und inzwischen seit einigen Jahren eine Gefahr für die Gesellschaft sein, bin „über“, weil durch mich angeblich die Wirtschaftsentwicklung sogar in der EU zurückgehe, die weltweiten Wettbewerbschancen und der politische Einfluss auf das Weltgeschehen verringert würden. Andernorts wird von einer „Zeitbombe“ geredet, die da ticken würde. Assoziationen zum so genannten Dritten Reich (1933-1945) kommen auf: Frauen wie ich, die ledig und ohne Kinder geblieben waren, wurden als „bevölkerungspolitische Blindgänger“ bezeichnet.

Inzwischen ist die als „demographischer Wandel“ bezeichnete Entwicklung Tagesgespräch und Thema u.a. in Politik, Forschung und Wirtschaft. Je nach Interessengruppe erfährt das Thema seine spezifische Interpretation und Behandlung und eine Vielfalt von Veröffentlichungen. Nicht nur ich allein nehme den öffentlichen Umgang mit diesem Thema als ausgesprochen geschlechtsspezifisch, ökonomisch

determiniert und z.T. diskriminierend wahr. Darum werde ich im Folgenden meinen ‚Frauenblick‘ auf die in der Öffentlichkeit ständig wiederholten, plakativ benannten Probleme, deren weitere Zusammenhänge und verbreitete Lösungsvorschläge richten. Als weitere Basis meiner Ausführungen dient die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung („Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“, 2002). Nach einer Reflexion aus Geschlechter- und Nachhaltigkeitsperspektive folgen grundsätzliche Gedanken und Anregungen zur Bewältigung des demographischen Wandels. Sie beziehen sich vorwiegend auf ein kritisches Hinterfragen ausgewählter ökonomischer Annahmen, die den bisherigen Diskursen zugrunde liegen. Abschließend wird ein Vorschlag der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (NHS) aufgegriffen, um einen alternativen Ökonomieansatz anzuregen, der m. E. Chancen zu einer geschlechtergerechten und nachhaltigen Gestaltung des demographischen Wandels bieten kann.

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist die schriftliche, gering erweiterte Ausführung eines Impulsreferats, das im Juni 2005 in dem Workshop der AG Frauen auf dem Mc.Planet com: Konsum, Globalisierung, Umwelt gehalten wurde. Er beruht auf einem unveröffentlichten Positionspapier, das insbesondere das Kapitel „Demographischen Wandel gestalten“ der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2002 in Verbindung mit anderen Kapiteln untersucht, sowie der Sammlung von in den Medien verbreiteten Meinungen von sich als kompetent verstehenden VertreterInnen aus (Partei-)Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zum Thema ‚Demographischer Wandel‘.

## 1. In der Öffentlichkeit dargestellte Probleme des demographischen Wandels in Deutschland und deren weitere Zusammenhänge

Die folgend benannten Probleme werden vorwiegend von Personen vorgetragen, die aus den Bereichen Politik und Wissenschaft bzw. aus Verbänden der Arbeitsmarktpartner stammen; sie lauten: Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland entspreche nicht mehr dem „Tannenbaumprinzip“ sondern eher dessen Umkehrung. Die Höhe der finanziellen Umlagen von im Erwerbsleben Aktiven zur inaktiven Generation werde immer größer. Diese Aufwendungen der „arbeitenden“ Bevölkerung (gemeint sind Erwerbstätige) für RentnerInnen schmälere ihr eigenes Einkommen und führe zu geringeren Konsummöglichkeiten. Zudem hätten die heute Erwerbstätigen eine geringere Rente zu erwarten. 2015 sei mit einem erheblichen Anstieg der über 65-Jährigen zu rechnen („Baby-Boom-Jahrgänge“). Die Entwicklung, dass 40% der heutigen Akademikerinnen im gebärfähigen Alter keine Kinder hätten, würden die Probleme des demographischen Wandels zusätzlich verschärfen. Es entstehe demnächst ein Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften. Infolge der „Überalterung“ würden zukünftig die Pflegekosten enorm steigen und das Gesundheitssystem belastet werden. Zu geringer Inlandskonsum, hohe soziale Kosten durch die demographische Entwicklung, Angstsparen, zu hohe Arbeits- und Lohnnebenkosten seien u.a. Ursachen für das mangelnde Wirtschaftswachstum und gefährdeten den Standort Deutschland sowie die Wettbewerbsfähigkeit. Dadurch wiederum könne die hohe Erwerbsarbeitslosenquote nicht gesenkt wer-

<sup>2</sup> Die Ressource „Alte“ wird auch außerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie entdeckt: Unter der ehemaligen Ministerin Renate Schmidt (SPD) startete das Familienministerium das Programm „neue Freiwilligendienste“, in denen sich Menschen aller Altersgruppen engagieren können. 10 Millionen Euro wurden dafür aus dem Etat der Zivildienstleistenden verwendet, damit sich die „Generationen gegenseitig unterstützen“, vgl. FR, 18.4.2005.

den. Die jetzige (ältere) Generation lebe auf Kosten der Zukunft der nachfolgenden Generation und der Umwelt. Zunehmende Bevölkerungsschichten seien durch Armut bedroht, und zwar weltweit. Relativ wenige Menschen würden immer reicher.

## 2. Bisherige Vorschläge zur Lösung der Probleme des demographischen Wandels

Mehrheitlich wird in der Steigerung des Wirtschaftswachstums und in einer Steigerung der Erwerbstätigkeit die Lösung der Probleme gesehen. Da viele Maßnahmen in der Öffentlichkeit ständig wiederholt werden, seien sie hier nur stichwortartig und ausgewählt wiedergegeben. Zu nennen sind u.a.

- die Verbesserung der Vereinbarung von Beruf und Familie, die Förderung der Familie und der Erwerbstätigkeit von Müttern sowie der Ausbau von Kinderbetreuungsstätten; erhofft wird, dass sich Frauen entscheiden, mehr Kinder zu gebären;
- die Verlängerung der Wochenarbeitszeit (auf 42 Stunden und ohne Lohnausgleich) und der Lebensarbeitszeit (auf 67 Jahre) sowie das Stoppen der Frühverrentung;
- weitere Lohnspreizung im Niedriglohnbereich zwecks Anreizes zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Verstärkung der Flexibilität und Mobilität und Ausweitung von Zeitarbeitsfirmen (Leiharbeit) und die Senkung von Arbeitskosten insbesondere der Lohnnebenkosten;
- Einschränkung von Arbeitsrechten, Erhöhung der Binnennachfrage und des Konsums sowie eine Verbesserung von Bildung und Ausbildung.

Gleichzeitig wird versucht, einen Mentalitätswandel einzuleiten: Das Bild von alten Menschen soll positiv gesehen werden. Alte Menschen sind fit, leistungsfähig und prädestiniert dafür, *freiwillig* in Familien, Nachbarschaft Gemeinde, Unternehmen usw. unbezahlte Arbeit übernehmen zu können (vgl. auch NHS 2002: 251ff.)<sup>2</sup>. Im fünften Altenbericht empfiehlt die

Sachverständigenkommission, die Wachstumssparte „Seniorenwirtschaft“ stärker zu erschließen. D.h., die Wirtschaft soll vermehrt für die Alten spezifische Konsumangebote entwickeln, um einerseits den Bedürfnissen und Interessen der alten Menschen besser Rechnung zu tragen. Andererseits wird hier ganz klar die Chance auf neues Wachstum gesehen, genutzt werden soll die Kaufkraft der SeniorInnen (vgl. z.B. die Ergebnisse der Studie „Senioren und Einzelhandel“, Institut für Handelsforschung der Universität Köln, 2005; Goebels 2005).

Die Entwicklung einer „neuen sozialen Marktwirtschaft“ (so Angela Merkel beim Parteitag der CDU Ende 2004) bzw. ein Umdenken in Wissenschaft und Politik wird eingefordert, je nach Interessengruppe mit unterschiedlichen Vorstellungen, wie die „drängenden Probleme“ in der Bundesrepublik gelöst und z.B. mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung erreicht werden könnte. Es gibt aber auch Forderungen nach einem Paradigmenwechsel, mit dem ein Wirtschaftswachstum als Lösung der Probleme abgelehnt wird und andere Wirtschaftsweisen vorgeschlagen werden (vgl. z.B. Latouche 2003: 3; Galbraith 2005).

### 3. Kritische Reflexion aus Geschlechterperspektive und Nachhaltigkeit

Der demographische Wandel wird vorwiegend aus bevölkerungspolitischen und marktwirtschaftlichen, d.h. ökonomischen Interessen diskutiert. Starke Verallgemeinerungen und fragwürdige Statistiken, z.B. Durchschnittswerte, werden präsentiert, die der Vielfalt und Komplexität menschlichen Lebens und der Umwelt absolut nicht gerecht werden.

Die Umkehrung der Bevölkerungspyramide – zu viele alte und zu wenige junge Menschen – einschließlich des damit verbundenen zukünftigen Bevölkerungsschwundes wird dramatisiert. Mit der jähr-

lichen Statistik wird betont, dass seit einiger Zeit mehr Menschen sterben als geboren werden und dass Frauen länger leben als Männer. Im Hinblick auf den demographischen Wandel werden Frauen (teils widersprüchlich) diskriminiert: Einerseits wird ihnen die „Schuld“ am Bevölkerungsschwund gegeben, andererseits, da sie länger leben als Männer, tragen sie stärker zur „Überalterung der Gesellschaft“ bei, obwohl der Bevölkerungsschwund dadurch verringert wird und viele Großmütter junge Familien unterstützen.

Bei der ökonomischen Problematisierung des demographischen Wandels wird der Eindruck erweckt, dass das Leben und sein Sinn sowie die soziale Sicherung aus Erwerbsarbeit und Konsum, d.h. in marktwirtschaftlicher Partnerschaft, bestehe. Alte und Nicht-Erwerbstätige kosten nur, wobei Kinder und Jugendliche den Vorteil haben, von Frauen/Müttern unentgeltlich versorgt zu werden und als zukünftige Arbeitskräfte von Bedeutung sind. Der Begriff Arbeit wird weitgehend aus wirtschaftlicher Sicht immer noch synonym für Erwerbsarbeit verwandt. Unbezahlte Arbeit – die monetär schwer zu erfassen ist – wird schlicht ausgeblendet. Ignoriert werden die Ergebnisse der bundesweit durchgeführten Zeitbudgetstudien (BMFSFJ/ Statistisches Bundesamt 1995; 2003), die auch die unbezahlte Arbeit erfassen, und die Folgerungen für eine geschlechtergerechte sowie existenzsichernde Verteilung aller gesellschaftlich notwendigen bzw. sozial und ökologisch sinnvollen Arbeit.

Vorwiegend in (angeblichen) Krisenzeiten wird sich erinnert an die „stillen Arbeitskraftreserven“ von nicht erwerbstätigen Frauen und jetzt der nicht mehr erwerbsarbeitenden alten Menschen, wobei letztere einerseits länger erwerbstätig sein sollen und andererseits umworben werden, marktwirtschaftlich nützliche unbezahlte freiwillige Arbeit zu leisten sowie Konsumangebote anzunehmen. Die Erwerbstätigkeit von Müttern soll gefördert werden, damit sie selber für ihre finanzielle soziale Sicherung im Alter auf-

kommen können (vgl. NHS 2002: 253). Dass Frauen über Erwerbstätigkeit unabhängig vom so genannten Ernährereinkommen werden und wie der (Ehe)Mann über eigenes Geld verfügen können, interessiert nicht. Letzteres wird gelegentlich als falsch verstandenes Selbstverwirklichungsstreben sogar diskriminiert.

Die Verlängerung der Wochenarbeitszeit ist kontraproduktiv für die existenzsichernde Erwerbstätigkeit von Müttern, da die Rahmenbedingungen dafür, dass Männer sich in gleicher Weise an der Sorgearbeit beteiligen, nicht geschaffen werden, nicht zuletzt weil ein von Männern dominiertes bzw. androzentrisches Ökonomieverständnis herrscht. Das bewirkt, dass vorwiegend Frauen Teilzeitarbeit wahrnehmen mit der Folge geringerer Rentenansprüche. Die Ausweitung des Niedriglohnbereichs, ebenfalls mit hohem Frauenanteil, sorgt für stärkere Belastung von Müttern, die durch vermehrte unbezahlte Arbeit in Privathalten mit Niedrigeinkommen die fehlende Kaufkraft kompensieren müssen oder/und billige, wenig gesunde Nahrungsmittel beschaffen und das mit Aussicht auf eine Niedrigrente. Die Fokussierung auf Frauenerwerbstätigkeit, d.h. marktwirtschaftliche Bewältigung des demographischen Wandels ohne geschlechtergerechte Veränderungen des Lebensalltags in umfassendem Sinne, ist langfristig betrachtet nicht nachhaltig – schon gar nicht im internationalen Zusammenhang. Probleme und Bewältigungsvorschläge der demographischen Entwicklung werden vorrangig individualisiert, weitgehend auf Kosten der Frauen. Der Staat und große Teile der Wirtschaft werden jedoch entlastet.

<sup>3</sup> Gemeint ist damit z.B. die Ausweitung des interkontinentalen Massentourismus: In den Pauschalangeboten sind die Kosten für den Flug relativ hoch im Verhältnis zu Unterkünften und Versorgung. Ressourcen im Urlaubsland werden verbraucht, Müll dagelassen. Die TouristInnen profitieren von den niedrigen (Frauen)Arbeitslöhnen.

#### 4. Grundsätzliche ökonomische Reflexionen und Anregungen zur Bewältigung des demographischen Wandels

Zur Kontrolle, wie weit die Problemwahrnehmungen und Lösungsmöglichkeiten bezüglich des demographischen Wandels stimmen bzw. andere Lösungsmöglichkeiten Entwicklungschancen haben, wäre eine Bereitschaft der eingangs genannten Interessengruppen erforderlich, Abstand von ihren multistabilen und sich selbst reproduzierenden Denk- und Handlungsmustern zu nehmen. Eine gründliche, interdisziplinär angelegte Problemanalyse und Entwicklung von Lösungsalternativen ist erforderlich. Ökonomische Grundannahmen sind zu hinterfragen. Dazu einige Anregungen:

- **Zum Wirtschaftswachstum in Deutschland:**

Nach 1945 hat Deutschland und haben die Menschen u.a. durch Kreditaufnahmen/Verschuldungen und enormes Wirtschaftswachstum letztlich einen sehr hohen Wohlstand, wenn auch ungleich verteilt, erreicht. Warum soll diese Entwicklung weiter verfolgt werden? Warum reicht der materielle Aufbau nicht, um die Erfolge der Rationalisierung und Technisierung gerecht zu verteilen und zum Nutzen der Natur sowie zum eigenen Zeitwohlstand wirksam werden zu lassen? Sind einige „wachstumssüchtig“ geworden? Weiß die Bevölkerung nicht, wie sie die von Erwerbsarbeit entlastete Zeit, d.h. den Zeitgewinn verwenden soll? Das wäre u.a. eine Bildungsaufgabe, die sich insbesondere an Männer bzw. ÖkonomInnen richtet, mit dem Ziel z.B. einer geschlechtergerechten Arbeits- und Einkommensverteilung. Wer profitiert momentan vom Wirtschaftswachstum und wer trägt die sozialen und ökologischen Kosten? Wahrscheinlich sind vermehrt Frauen benachteiligt bzw. zeichnet sich eine neue Form der Kolonialisierung<sup>3</sup> ab. Die Umweltbelastung ist heute schon immens. Wir leben in einer Überflusgesellschaft, d.h. es wird mehr hergestellt, als zu konsumieren sinnvoll ist. Diese Tatsache in Verbindung mit immer schär-

ferem Wettbewerb, Leistungs- und Konkurrenzdruck usw. begünstigt eine für Frauen und Mütter nachteilige Entwicklung. Sie lässt vermutlich Frauen keine freie Wahl, ohne materielle und immaterielle Nachteile Kinder zu gebären und erwerbstätig zu sein.

Es geht nicht mehr ums gute Leben sondern widersprüchlicher Weise ums Überleben z.B. auch des Fachhandels, einer Firma, des Standortes usw.! Es gibt Beispiele für negative Folgen des Wirtschaftswachstums, dass z.B. nicht das qualitativ und ökologisch bessere Angebot „überlebt“, sondern dasjenige, hinter dem Kapital steht. Und im vergangenen Jahrhundert wurde durch Überproduktion in der Landwirtschaft in den USA die Weltwirtschaftskrise 1929 verschärft.

- **Zur Konsum- und Erwerbsarbeit:**

Ihre Erhöhung ist in einer Überflussgesellschaft kontraproduktiv. Beide Arbeiten sind für viele Menschen anstrengend. Es sind z.B. vorwiegend Frauen, die am Markt als Konsumentin auftreten und anschließend die folgende unbezahlte Konsumarbeit für den „letzten Verbrauch“ leisten. Warum soll Konsum, der unnötig und anstrengend ist, vermehrt werden? Zurückhaltung von überflüssigem Konsum ist außerdem ökologisch sinnvoll und verbessert nachhaltig die Zukunft. Die undifferenzierte Kritik an der mangelnden Binnennachfrage und die Aufforderung zu mehr Konsum verstellt den Blick für die Bedarfe in der Care-Ökonomie (vgl. den Beitrag von Elisabeth Stiefel in dieser Broschüre) sowie für Umweltbelastungen und ungleiche Verteilung z.B. von Arbeit, Geld und Zeit.

- **Zu den Begriffen Arbeitskosten/ Kostenfaktor Arbeit und Lohnnebenkosten und der Aussage, dass sie zu hoch seien:**

Wer verkündet das? Die „Arbeitgeber“. Wen und was betreffen die Arbeitskosten? Betroffen ist die Bezeichnung des Einkommens, das Menschen, die als ArbeitnehmerIn und Kostenfaktor bezeichnet werden, durch ihre Arbeit erwirtschaften. Es ist die Teilhabe am Produktionsergebnis und diskriminie-

rend, diese als Kosten(-faktor) zu bezeichnen. Und was ist mit den ArbeitgeberInnen, erhalten sie keine Einkommen und verursachen daher auch keine Kosten, und sind sie daher auch keine Faktoren? Die KonsumentIn, die z.B. am Markt Waren erwirbt, ist eigentlich ArbeitgeberIn für die/den VerkäuferIn bzw. das Unternehmen. Und die Lohnnebenkosten sind der Anteil der Arbeitenden am gemeinsam erwirtschafteten, der langfristig für die soziale Sicherung angelegt wird und zwar in einem „Gemeinschaftstopf“, an dem alle partizipieren, wenn das eigene, aktuell verfügbare Einkommen nicht reicht bzw. zu stark in Notfällen belastet würde. Die Sprache der Ökonomie scheint eine aus dem Blickwinkel des Arbeitsgebers zu sein und sie bedarf einer grundsätzlichen Analyse sowie vieler Neudefinitionen.<sup>4</sup>

In dem Bericht der Bundesregierung zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (2002) gibt es einen interessanten Gedanken zum Leitbild „Nachhaltig Wirtschaften“. Es wird auf den gemeinsamen Wortstamm „Öko“ von Ökologie und Ökonomie (griechisch: Oikos, Haus) Bezug genommen und ausgeführt: „Dabei ist Haus in einem umfassenden Sinne zu verstehen, als Haus des Lebens und als Inbegriff einer Generationen übergreifenden Verantwortung. Das deutsche Wort ‚Haushalten‘ gibt diesen umfassenden Sinn gut wieder (...)“ (NHS 2002: 11). Die Regeln und Wertorientierungen, die in privaten Familien-/Haushalten existieren, sind andere als diejenigen der herrschenden neoliberalen Wirtschaft und Politik. Es bedarf keiner großen Fantasiefähigkeit, die in der Familie bzw. engsten Lebensgemeinschaft gelebten Werte denjenigen der Marktwirtschaft gegenüber zu stellen, um die Widersprüchlichkeiten zu erkennen. Ein Beispiel: In einem Radiointerview sagte ein Politiker aus Ostdeutschland zur dortigen schwierigen

<sup>4</sup> Zur Kritik an der Ökonomie als eine patriarchalische sei hier auf den Aufsatz von Elisabeth Stiefel (2001) hingewiesen: Was ist Arbeit? – Bemerkungen zu einem schwierigen Thema.



wirtschaftlichen Lage: „Die Wirtschaft investiert doch nicht aus Menschenfreundlichkeit“. Wie sähe das Ergebnis einer nicht menschenfreundlichen Hauswirtschaft im familialen Zusammenleben aus? Die Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens beruhen wahrscheinlich in einer unmenschlichen (Welt)Wirtschaftsform. Erforderlich ist ein *Paradigmenwechsel* in der Ökonomie. Als Orientierung kann das Haushaltsverständnis dienen, das von Haushaltswissenschaftlerinnen nach langwierigen Diskussionen auf nationaler und internationaler Ebene schon 1978 vom Internationalen Verband für Hauswirtschaft auf der Ratstagung in Sligo (Irland) vereinbart und in dem Prospekt der Selbstdarstellung der Verbandes seit 1979 verwendet wurde: „Haushalte (Hauswirtschaft) nehmen grundlegende Aufgaben der Lebenserhaltung und Lebensgestaltung wahr. Die Erfüllung dieser Aufgaben beinhaltet die Nutzung, Erschließung und Bereitstellung materieller und menschlicher Ressourcen zum Wohle des Einzelnen, der Familie und anderer Lebensgemeinschaften sowie der Gesellschaft und der Volkswirtschaft“ (S. 1). Der Reiz dieses Verständnisses liegt in der Akzeptanz verschiedener Formen des Lebens und Zusammenlebens und des ökonomischen Handelns (Haushaltens) unter ökologischen Prämissen und des eigenen und der anderen Wohl, lokal und global verstanden. Mit einem systemökologischen Ansatz wird das Haushalten im Mikrosystem mit dem Handeln eines oder mehrerer Haushaltsmitglieder in Meso- und Makrosystembereichen in Verbindung gebracht. D.h., dass der private Ein- bzw. Mehrpersonenhaushalt und seine Hauswirtschaft bzw. Care die Grundlagen der Ökonomie sind und nicht die Betriebs- bzw. Volkswirtschaft. Außerdem brauchen wir auch eine Ökonomie, die (basis)demokratisch ist<sup>5</sup>.

Während die traditionelle Ökonomie indirekt ausgeht vom erwachsenen, erwerbsarbeitsfähigen und gesunden Mann

als Handelndem und sogenannten Ernährer, sind im vorgeschlagenen Ökonomieansatz alle Personen mit ihren Unterschieden und Entwicklungen im gesamten Lebenslauf einbegriffen. Ein solcher Ansatz bietet die Chance, den demographischen Wandel besser gestalten zu helfen sowie Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit in der (Welt)Gemeinschaft herzustellen.

## Literatur:

Bontrup, Heinz-J. (2005): Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, Köln

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2005): Fünfter Altenbericht – Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft, <http://www.bmfsfj.de/Redaktion/BMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/5.Altenbericht-Folder,property=pdf.pdf>

BMFSFJ/ Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/2002, Wiesbaden

BMFSFJ/ Statistisches Bundesamt (Hg.) (1995): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 1991/1992, 2. Aufl., Wiesbaden

Die Bundesregierung (Hg.) (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, Berlin

Galbraith, John Kenneth (2005) Die Ökonomie des unschuldigen Betrugers. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft, Berlin

Goebels, Wilfried (2005): Handel übersieht Senioren. Gutachten: Ältere Menschen sind kaufkräftige Kunden mit eigenen Bedürfnissen, Westfälische Nachrichten, 9.9.2005

Latouche, Serge (2003): Für eine Gesellschaft der Wachstumsrücknahme. Circlus virtuosus, in: LE MONDE diplomatique, Nov. 2003, S. 3

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, siehe: Die Bundesregierung 2002

Stiefel, Elisabeth (2001): Was ist Arbeit? – Bemerkungen zu einem schwierigen Thema, in: Forum Umwelt & Entwicklung/ Heinrich Böll Stiftung (Hg.): Arbeit auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit, Bonn, S. 7-9

<sup>5</sup> Gedanken, die in diese Richtung gehen, formuliert z.B. Heinz Bontrup 2005.

# Neoliberales Risikomanagement. Zur Transformation internationaler Bevölkerungspolitik<sup>1</sup>

Susanne Schultz

Seit der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 ist es um die Politik der Fortpflanzung – damals wohl die am heißesten umstrittene Frage der transnational organisierten Frauenbewegungen – ruhiger geworden: Die einen interpretierten den auf der Konferenz geschlossenen sogenannten „Konsens von Kairo“ (damit ist das Bündnis zwischen Frauengesundheits-NGOs und dem *population establishment*<sup>2</sup> gemeint) als Bruch mit einer herrschaftsförmigen Kontrolle demographischer Entwicklungen. Die anderen, die Kritikerinnen dieses Konsenses, zogen sich seitdem eher zurück und hinterließen die These der Kontinuität, die suggerierte, internationale Bevölkerungspolitik habe sich mit dem Konsens von Kairo nicht verändert, sondern schmücke sich seitdem lediglich rein äußerlich mit einer feministischen Rhetorik. Im Folgenden möchte ich über beide Interpretationen hinausgehen und zeigen, inwiefern demographische Ziele weiterhin internationale Gesundheits-, Frauen- und Entwicklungspolitik in diesem Bereich beeinflussen, wie sie aber auf der Ebene reproduktiver Gesundheit und Selbstverantwortung reformuliert wurden.

## Der Konsens von Kairo: Von der scheinbaren Entkopplung von Körper- und Bevölkerungspolitik

Das entscheidende Dokument des Konsenses von Kairo ist das 1994 auf der UN-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo

erarbeitete Aktionsprogramm. Es drückt einen Kompromiss zwischen dem *population establishment* und Teilen einer seit den 1980er Jahren international vernetzten Frauengesundheitsbewegung aus, die als NGO-Vertreterinnen, aber auch über die Partizipation in Regierungsdelegationen in Kairo stark repräsentiert war. Das Aktionsprogramm war auf den ersten Blick durch eine „ideologische Schizophrenie“ geprägt<sup>3</sup>. Denn auf der Makroebene blieb das Ziel einer Reduktion des weltweiten Bevölkerungswachstums erhalten und wurden demographische „goals“ als wichtige Elemente nationaler Entwicklungsprogramme für legitim erklärt. Damit hält der Konsens von Kairo an der neomalthusianischen Idee einer zu großen oder zu schnell wachsenden Bevölkerung als Ursache gesellschaftlicher Krisenphänomene fest. Auf der Mikroebene der einzelnen Programme lehnte

<sup>1</sup> Dies ist eine gekürzte, leicht veränderte Version des Aufsatzes „Neoliberale Transformationen internationaler Bevölkerungspolitik: Die Politik Post-Kairo aus der Perspektive der Gouvernamentalität“, erschienen in: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, Schwerpunktheft: Gouvernamentalität, Nr. 92, 23. Jg., Dezember 2003, S. 452-480.

<sup>2</sup> Mit *population establishment* ist das enge Netzwerk aus multilateralen Organisationen, Entwicklungsbehörden der Industrieländer, Privatsiftungen und think tanks gemeint, das sich für eine Reduktion des Bevölkerungswachstums in südlichen Ländern einsetzt.

<sup>3</sup> So das Committee on Women Population and Environment in einem Protestbrief gegen den „Day of 6 Billion“ des UN-Weltbevölkerungsfonds (UNFPA) 1999.

das Programm dagegen demographische „targets“, also ein quantitatives Plansoll für die Verbreitung von Verhütungsmitteln oder Sterilisationen, ab und ächtete Zwangsmaßnahmen. Stattdessen etablierte der Kairoer Konsens die Begriffe „reproduktive Rechte“ und „reproduktive Gesundheit“ und brachte damit die Prinzipien der individuellen Entscheidungsfreiheit und Achtung der Gesundheit von Frauen aufs Papier.

Der Konsens von Kairo ist einerseits Ausdruck strategischer Umorientierungen auf dem Feld des *population establishment*, dessen Devise nicht die Abschaffung, sondern die bessere Durchsetzung demographischer Ziele über solche Formen „liberaler Regierung“ war. Andererseits ließen sich viele Frauen-Netzwerke auf der Basis des Aktionsprogramms darauf ein, ihre bisherige prinzipielle Ablehnung bevölkerungspolitischer Strategien entweder taktisch zurückzustellen oder aufzugeben, indem sie diese nach dem Konsens von Kairo für irrelevant erklärten oder indem sie aktiv an einer positiven Reformulierung des Begriffes der Bevölkerungspolitik arbeiteten.

Der Konsens von Kairo gilt seitdem innerhalb des *population establishment* als hegemoniales Paradigma, dem sich die Programme der großen Agenturen wie des Weltbevölkerungsfonds UNFPA, der Weltbank oder der US-Entwicklungsbehörde US-AID auch gegen Hardliner in den eigenen Reihen angeschlossen haben.

Sicherlich markiert der Konsens von Kairo einen Fortschritt für Frauenrechte:

<sup>4</sup> Epidemiologische Wissensproduktion meint die Produktion von Wissen über Gesundheitsbedingungen auf der Ebene von Bevölkerungen. Wesentliche Grundlage sind statistische Korrelationen zwischen bestimmten Faktoren und bestimmten Krankheitshäufigkeiten, aus denen Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge abgeleitet werden. Faktoren können dabei sowohl biomedizinische als auch sozioökonomische, lebensstilbedingte oder psychosoziale sein.

Einerseits bietet er ein (allerdings völkerrechtlich unverbindliches) Instrument gegen massive Menschenrechtsverletzungen wie etwa Zwangssterilisationen; andererseits verbrieft er gegen konservative Positionen das Recht auf den Zugang zu Verhütungsmitteln – weiterhin angesichts des Vormarsches „fundamentalistischer“ Positionen keine Selbstverständlichkeit.

Ebenso wenig wie ich mit der Kritik antinatalistischer Strategien eine komplexe Realität der Fortpflanzungspolitik leugnen will, soll im Folgenden DER Neoliberalismus als universelles Prinzip behauptet werden, das sich über bevölkerungspolitische Programme unweigerlich durchsetze. Allerdings möchte ich Analysen kritisieren, die neoliberale Rationalitäten im Sinne einer Auflösung von Staatlichkeit begreifen und damit implizit einen Gegensatz zu Bevölkerungspolitik als im Staat verorteter Interventionspolitik aufbauen. Stattdessen werde ich fragen, wie die scheinbar entkoppelte Makro- und Mikroebene doch in den bevölkerungspolitischen Programmen nach Kairo miteinander verkoppelt sind und welche neoliberalen Rationalitäten dabei eine Rolle spielen.

### **Bevölkerungspolitik als selbstverantwortliche Prävention reproduktiver Risiken**

Bevölkerungspolitik funktioniert nach Kairo über die Anrufung eines für seine „reproduktive Gesundheit“ selbstverantwortlichen weiblichen Individuums. Anhand der Diskurse über Müttersterblichkeit und über Schwangerschaften Jugendlicher möchte ich im Folgenden zeigen, wie antinatalistische Normen auf der individuellen Ebene über eine Umformulierung frauengesundheitspolitischer Kritik entwickelt wurden und in eine spezifische Medikalisierung von Bevölkerungspolitik eingebunden sind. Die epidemiologische Erhebung reproduktiver Risiken<sup>4</sup> stellt ein entscheidendes Scharnier für diese Artikulation antinatalisti-

scher Strategien mit der individuellen Selbstverantwortung dar. Die epidemiologische Wissensproduktion ermöglicht eine komplexe Umformulierung sozialer, psychischer oder auch biomedizinischer Bedingungen von Gesundheit im Zusammenhang mit Fortpflanzung in scheinbar objektive „reproduktive Risiken“, welche den Individuen als Wissensressource, aber auch als normative Vorgabe zur „Verhaltensveränderung“ in die Hand gegeben werden sollen.

Über den Risikodiskurs wird es möglich, dasjenige Konzept der reproduktiven Gesundheit umzuformulieren und zu entschärfen, das einmal auf verschiedenen Ebenen den Protest von Frauengesundheitsbewegungen gegen die bisherigen Praktiken von Familienplanungsprogrammen ausgedrückt hatte. Die Forderung nach reproduktiver Gesundheit hatte sich zum einen gegen die Missachtung der Gesundheit von Frauen insbesondere bei der Verbreitung von gesundheitsgefährdenden Verhütungsmitteln oder Sterilisationsmethoden gerichtet – das *population establishment* nahm diese Kritik als Appell auf, eine *quality of care* einzuhalten. Zum anderen wurde über den Begriff eingefordert, das isolierte Angebot von Verhütungsmitteln auf eine breitere Palette frauengesundheitlicher Dienstleistungen zu erweitern, eine Forderung, die erfolgreich in den Kairoer Aktionsplan einging. Neben der Prävention und Behandlung von Geschlechtskrankheiten und sexuell übertragbaren Krankheiten/AIDS zählt zur Programmatik der reproduktiven Gesundheit nun auch eine bessere Versorgung von Frauen in der Schwangerschaft und bei der Geburt. Tatsächlich schrieben sich die großen bevölkerungspolitischen Agenturen nach Kairo auch den Kampf gegen Müttersterblichkeit auf ihre Fahnen, d.h. also Strategien gegen die jährlich weltweit von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf über 500.000 geschätzten Todesfälle, bei denen Frauen im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft sterben – sei es an Komplikationen bei der Geburt, sei es an verpfusch-

ten Abtreibungen (WHO/UNICEF 1996). Auf den ersten Blick könnte die Betonung des Themas Müttersterblichkeit durch die Programme des *population establishment* als erfolgreiches Einschränkung antinatalistischer Ziele interpretiert werden, scheint dies doch zu versprechen, dass nicht nur das Recht, sich gegen Kinder zu entscheiden, sondern auch das Recht auf Gesundheitsdienste, um „sicher durch Schwangerschaft und Geburt zu gehen“ (Paragraph 7.2. des Aktionsprogramms) ernst genommen werde.

Allerdings ist der Diskurs über Müttersterblichkeit über verschiedene epidemiologische Erhebungen und Kategorien von Risiken an antinatalistische Strategien gekoppelt: Die Safe Motherhood Initiative, eine koordinierte Initiative der großen bevölkerungspolitischen Agenturen<sup>5</sup>, sieht es als ihre Aufgabe an, auf drei Ebenen zur Verhinderung von Müttersterblichkeit zu intervenieren: „Prävention von Schwangerschaften, Prävention von Komplikationen während der Schwangerschaft und angemessene Behandlung jeder Art von Komplikationen“ (WHO 1999: 28). Familienplanung ist also auf der ersten Ebene auch ein Programmpunkt der Kampagnen gegen Müttersterblichkeit – qua der banalen Schlussfolgerung, dass eine Frau, die nicht schwanger wird, auch nicht an den Folgen einer Schwangerschaft sterben kann. Die Überlegungen zielen einmal auf der Ebene der Gesamtbevölkerung auf die unbestreitbare Logik, dass das Risiko, im Laufe des Lebens an Müttersterblichkeit zu sterben (*life time risk*), durch eine Reduktion der Geburtenraten auch ohne eine Verbesserung der medizinischen Versorgung reduziert werden kann (vgl. z.B. UNFPA 1999a: 9).

Vor allem aber beschäftigen sich die Programme der Safe Motherhood Initia-

<sup>5</sup> Die Safe Motherhood Initiative wurde 1987 gegründet. Mitglieder sind: Weltbank, UNFPA, UNICEF, WHO, Population Council und International Planned Parenthood Federation.

tive mit der Ermittlung spezifischer Risikofaktoren, welche die Gefahr der Müttersterblichkeit erhöhten, und denen ein verantwortliches reproduktives Verhalten der Individuen entgegenwirken müsse. Ein selbstbestimmtes Gesundheitsverhalten erscheint in diesem Kontext der Risikodiskurse stark normativ gesetzt: Insbesondere Schwangerschaften unter einem Alter von 19 und über einem Alter von 35 Jahren, ein Abstand von weniger als zwei oder drei Jahren zwischen den Geburten und insgesamt zu viele Schwangerschaften (meistens mehr als vier) gelten in diesem Sinne als riskant. „Ungeplante und schlecht getimte Schwangerschaften“ erscheinen damit als „Hindernis“ für eine sichere Mutterschaft (World Bank 1999b: 43) – und es werden Verhaltensänderungen vorgeschlagen, „damit Schwangerschaften, die zu früh, zu spät oder zu häufig sind, verhindert werden können“ (WHO 1999: 23).

Es ist so auch nicht erstaunlich, dass in diejenigen Programmelemente der Safe Motherhood Initiative, die tatsächlich auf die Behandlung von Geburtskomplikationen als direkte Ursache von Müttersterblichkeit abzielen, nach Kairo nur nachrangig investiert wurde. So integrierte etwa die Weltbank nur in 29 von insgesamt 77 Ländern, in denen sie *safe motherhood* förderte, überhaupt ein Programm zu Geburtshilfe (World Bank 1999b: 9).

Der antinatalistische Fokus auf Müttersterblichkeit entspricht so den weiter klar auf Familienplanungsprogramme ausgerichteten Investitionen der bevölkerungspolitischen Finanziere. Ganz abgesehen davon, dass auf die gezeigte Weise Familienplanung auch in die Programme für eine breitere reproduktive Gesundheitsversorgung integriert wird, machten diese breiteren Programme bei den Ausgaben der internationalen Geber von 1995 bis 1999 nur zwischen 18 und 33 Prozent aus, während die Priorität mit 37 bis 43 Prozent weiter bei expliziten Familienplanungsprogrammen lag (UNFPA 2001: 28).

Besonders deutlich wird die Verknüpfung von demographischen und gesundheitspolitischen Zielen bei der Gruppe der Jugendlichen. Allgemein erklären die großen bevölkerungspolitischen Agenturen, die Verhinderung von Schwangerschaften bei Jugendlichen (*teenage pregnancies*) diene nicht nur der Verringerung der Müttersterblichkeit, die bei 15- bis 19-jährigen zwischen zwei bis viermal so hoch wie bei Frauen zwischen 20 und 30 angegeben wird. Darüber hinaus zielen reproduktive Gesundheitsprogramme für Jugendliche direkt darauf ab, das so genannte *population momentum* abzuschwächen. Damit sind Berechnungen über „demographische Trägheitseffekte“ gemeint, die besagen, dass das Weltbevölkerungswachstum trotz sinkender Geburtenraten weiter anhält, weil sozusagen zeitlich verzögert heute die geburtenstarken Jahrgänge früherer Jahrzehnte in das „reproduktive Alter“ kommen. Von einer zeitlichen Verschiebung von Geburten werden sich dementsprechend heute in vielen Ländern massivere demographische Effekte versprochen als von einer Senkung der Fruchtbarkeitsraten. So etwa UNFPA: „Das *population momentum* kann entscheidend verlangsamt werden, wenn junge Leute dazu befähigt und ermutigt werden, später in ihrem Leben Kinder zu bekommen“ (UNFPA 1999b: 4).

Von allen Ansatzpunkten, welche die Risikoberechnungen für antinatalistische Strategien bieten, indem sie Schwangerschaften und Geburten in Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas pathologisieren, ist es der Diskurs über „zu frühe“ Schwangerschaften, in den heute am meisten investiert wird. Die Safe Motherhood Initiative erklärte etwa 1997 als erste „Aktionsbotschaft“ für ihre Programme, die „erste sexuelle Aktivität“, die „Heirat und die erste Geburt zu verschieben“ (Starrs 1997: 20f.). Solch eine gleichermaßen epidemiologische wie demographische Perspektive auf Jugendliche hat in den letzten Jahren zu einem Boom der Finanzierung von Programmen für Jugendliche geführt. Die Bekämpfung von

*teenage pregnancies* mag dabei in sehr unterschiedliche politische Projekte eingebunden sein. Einerseits nutzen Frauengesundheitsbewegungen das Thema und die Gelder, um die reproduktiven Rechte von Jugendlichen (auch gegen ihre Eltern) zu stärken, um Zugang zu Verhütungsmitteln und Sexualaufklärung zu erkämpfen. Die Programme sind aber auch artikulierbar mit Strategien, sexuelle Abstinenz zu fördern und außerehelichen Geschlechtsverkehr zu verdammen – Strategien, wie sie gerade innerhalb des Landes der wichtigsten Geldgeber, den USA, zunehmend an Boden gewinnen (vgl. Hendrixson 2002).

### Neoliberale Bevölkerungs-politik als sicherheitstechnologische Ausdifferenzierung von Zielgruppen

Die Artikulation von epidemiologischen Risikodiskursen mit einem normativen Appell an die Gesundheitsverantwortung der Individuen für sich selbst, könnte darauf hinweisen, dass neoliberale biopolitische Strategien vor allem an den Individuen und ihrem Zugang zu spezifischen Technologien und Wissensformen ansetzen (vgl. Lemke 2000: 250f.).

Die These einer Individualisierung biopolitischer Strategien reicht aber für das Verständnis der Diskurse, die sich auf reproduktive Gesundheit beziehen, und ihre Kopplung mit antinatalistischen Strategien nicht aus.

Wie bereits die Unterscheidung verschiedener Risikogruppen im Diskurs über Müttersterblichkeit gezeigt hat, sind bevölkerungspolitische Strategien heute auch durch eine Fragmentierung und Ausdifferenzierung der bevölkerungspolitischen Zielgruppen geprägt, die ein flexibleres Management unterschiedlicher Strategien entlang dieser Bevölkerungsgruppen ermöglichen. So zeigt sich anhand der weiter oben beschriebenen Kon-

struktion verschiedener Risikogruppen entlang eines sogenannten *life cycle approach*, dass hier nicht die Subjektivität einer universellen „Dritte-Welt-Frau“ angerufen wird, sondern das Wissen entlang von Altersgruppen spezifiziert wird (vgl. Qadeer 1998). Diese Fragmentierung in verschiedene Zielgruppen ermöglicht es auch, dass je unterschiedliche Perspektiven und Möglichkeiten der Einbindung in antinatalistische Programme formuliert und nebeneinander gestellt werden können, ohne sich gegenseitig auszuschließen.

In einer an Foucault angelehnten Interpretation kann diese Differenzierung von Zielgruppen und die daran entwickelten politischen Strategien entlang der flexiblen Beeinflussung bestimmter, hier epidemiologisch erhobener Faktoren auch als *neoliberale Sicherheitstechnologie* bezeichnet werden<sup>6</sup>. Es geht nicht um eine allgemeine politische oder moralische Haltung, sondern um differenzierte Ansatzpunkte, je nach gesellschaftlicher Realität, um das effektivste Ergebnis zu erhalten. So unterteilt die Safe Motherhood Initiative mit ihrem Fokus auf Jugendliche die Welt in Länder, Regionen und Bevölkerungsgruppen mit und ohne vorehelichen Geschlechtsverkehr und schlägt je nachdem unterschiedliche Strategien vor, seien es spezifische Familienplanungsdienste für Jugendliche in erste-

<sup>6</sup> Robert Castel hat schon 1983 in einer Untersuchung über die Übersetzung von Gefährlichkeiten in Risiken erklärt, auf Risikodiskursen beruhende neoliberale Formen der Steuerung von Populationen führten zu „Behandlungsformen, die entsprechend den Populationen ausdifferenziert sind.“ Sie seien darauf ausgerichtet, jede beliebige Besonderheit zu objektivieren und auf dieser Basis differenzierte Populationsprofile zu konstruieren. Da auf der Ebene von Korrelationen einzelner Risikofaktoren und durch die Bedeutung präventiver Politiken immer mehr gesellschaftliche Bereiche ins Verhältnis zu einem zu regulierenden Problem gesetzt werden können, entwickle sich daraus eine expansive Logik der sozialen Kontrolle (Castel 1983: 68f.).

rem Fall, eine Heraufsetzung des gesetzlichen Heiratsalters in letzterem (z.B. Starrs 1997: 22f.). Studien über Sexualität, ein lange ausgeblendetes Thema in den Diskursen des *population establishment*, gewinnen in diesem Kontext an Bedeutung und differenzieren verschiedene Zielgruppen von Frauen.

Eine sehr prinzipielle Ebene der Ausdifferenzierung von bevölkerungspolitischen Maßnahmen, auf die sich das *population establishment* nach Kairo geeinigt hat, ist die Unterscheidung von drei demographisch relevanten Faktoren, wie sie John Bongaarts, leitender Forscher des Population Council, propagiert hat. Tom Merrick, Chefberater der Population Office der Weltbank, erklärt die Differenzierung der Weltbank-Strategien nach Bongaarts folgendermaßen: „Das Bevölkerungswachstums setzt sich aus drei Komponenten zusammen – einer zu hohen gewünschten Familiengröße, einer nicht gewollten Fruchtbarkeit und dem demographischen Trägheitseffekt – und die Relevanz dieser Komponenten ändert sich. Dementsprechend ändert sich der Politikmix je nach Country Setting.“ Die Weltbank entwirft so spezifische Strategien für diejenigen, mehrheitlich afrikanischen Länder, in denen es als Hauptproblem angesehen wird, dass Frauen sich zu viele Kinder wünschten – und für die neben der Einführung flächendeckender Familienplanungsprogramme auch breitere Maßnahmen zur Veränderung des „reproduktiven Verhaltens“, wie etwa ein verlängerter Schulbesuch von Mädchen,

als hilfreich gelten. Bei den lateinamerikanischen Ländern, in denen die Weltbank eine von den Demographic Health Surveys erhobene Differenz zwischen gewünschter und tatsächlicher Kinderzahl als Ansatzpunkt anvisiert, wird vor allem darauf gesetzt, das Angebot moderner Verhütungsmittel gezielt für bestimmte, noch marginalisierte Gruppen zu stärken und diese in die Konsumtion derselben einzubinden (World Bank 1999a).

Diese verschiedenen Kriterien für die Intervention zeigen, dass auch das Konzept der *unmet needs*<sup>7</sup> nur in bestimmten Kontexten – hier etwa für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder – für gültig erklärt wird. Die „*unmet needs*“-These galt als Schlüssel zum Kairoer Konsens, denn sie behauptete eine einfache Harmonie zwischen der Achtung der individuellen Bedürfnisse (an Verhütungsmittelkonsum) auf der Mikroebene der Programme und demographischen Zielen auf der Makroebene, welche so ohne Zwang erreicht werden könnten (Sinding/Ross/Rosenfield 1994).

Dass auch die Freiheitsgrade ebenso wie die Kriterien für die Achtung der reproduktiven Gesundheit, welche verschiedenen Gruppen von Frauen zugestanden werden, eine Frage der Ausdifferenzierung von Sicherheitstechnologien in der Bevölkerungspolitik ist, wird besonders deutlich in den Phasenmodellen, nach denen die Weltbank ihre Programme unterteilt: Während frühe Phasen der Intervention auf eine schnelle Expansion der Familienplanung und der *contraceptive prevalence rate*<sup>8</sup> setzen, kümmern sich erst spätere Phasen darum, Kriterien einer *quality of care*, ein stärkeres Eingehen auf die Bedürfnisse verschiedener Zielgruppen und das Angebot einer größeren Vielfalt von Verhütungs- bzw. Sterilisationsmethoden zu berücksichtigen – auch mit dem Argument, damit eine größere „Nachhaltigkeit“ in der Nutzung der Familienplanungsdienste zu erreichen (World Bank 1999a; 1999b).

<sup>7</sup> Das Konzept der „nicht gedeckten Bedürfnisse“ beruht auf der These, es gebe weltweit einen nicht gedeckten Bedarf an Verhütungsmitteln, dessen Deckung automatisch die von dem *population establishment* angestrebte Senkung der Geburtenrate zur Folge habe.

<sup>8</sup> Die *contraceptive prevalence rate* gibt den Anteil von verheirateten oder in Partnerschaft lebenden Frauen im „reproduktiven Alter“ (15-49 Jahre alt) an, die eine moderne Verhütungsmethode benutzen.

## Neoliberale Staatlichkeit und Neomalthusianismus – Artikulationen statt Gegensätze

Die bisherigen Überlegungen zeigen, dass neoliberale Rationalitäten nicht mit einer Abschwächung antinatalistischer Bevölkerungspolitik verbunden sein müssen, sondern diese auch umschreiben und reformulieren können. Solche Überlegungen stärken staatstheoretische Analysen, welche neoliberale Politiken eher als aktive Umgestaltung von Staatlichkeit denn als deren Auflösung begreifen. Neogramscianische und regulationstheoretische Analysen, die in diese Richtung gehen, betonen dabei oftmals, dass die Regulierung der Bevölkerung neben repressiven und sicherheitspolitischen Funktionen weiterhin – auch unter postfordistischen Bedingungen – den Kern staatlicher, verstanden als nationalstaatlicher Aufgaben, ausmache (Hirsch 1995: 39ff., Jessop 1998: 265).

Gegen die Fixierung mancher dieser Forschungen auf den Nationalstaat als Ausgangspunkt für die Analyse der Internationalisierung des Staates im Prozess der Globalisierung muss meines Erachtens die Analyse der Politik zur Regulierung der Weltbevölkerung aber eher einen umgekehrten Weg beschreiten - von international zu national. Neomalthusianische Strategien haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 1960er Jahre als internationale, auf die Bevölkerungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ausgerichtete Strategien in dem *population establishment* institutionalisiert. Zentrale Strategie dieses international agierenden Netzwerkes war es allerdings ein nationales *institution building*, d.h. die Institutionalisierung von antinatalistischen Bevölkerungsprogrammen und -kommissionen oder zumindest Familienplanungsprogrammen in subalternen Nationalstaaten, eine Strategie, die bis in die 1980er Jahre in fast allen Ländern erfolgreich war (vgl. Higer 1997: 129)<sup>9</sup>. Nach Kairo sind die Nationalstaat-

ten zwar nicht als entscheidende Exekutive zu betrachten, wohl aber als zentrale Moderatoren für die Verhandlung nationalstaatlicher Strategien zwischen NGOs, internationalen Gebern und nationalstaatlichen Bevölkerungskommissionen, Gesundheits- und Entwicklungsministerien. Schließlich bauen die bevölkerungspolitischen Strategien auf eine nationalstaatlich organisierte Wissensproduktion über die zu regulierenden Bevölkerungen auf: Nationalstaatliche Statistik und Bevölkerungsforschung wurden aufgebaut, die entlang nationaler Kategorien von Bevölkerungsgruppen arbeiten und nationale Durchschnittswerte produzieren. In dieser eingeschränkten Weise (als Ergebnis eines Prozesses nicht als Ausgangspunkt – und auf der Ebene der Wissensproduktion und damit Konstruktion von Bevölkerungen) ist die Form Nationalstaat für das Regime internationaler Bevölkerungspolitik also tatsächlich unerlässlich. Die Ebene des Nationalstaates ist auch die Ebene, auf der Frauengesundheits-NGOs und -Netzwerke nach Kairo vorrangig aktiv sind – als Moderatorinnen von *partnership*-Programmen mit Geberagenturen und Regierungen, in Monitoring-Prozessen zur Kontrolle nationalstaatlicher Politik und als *pressure-groups* für nationalstaatliche

<sup>9</sup> Im Jahr 1999 waren die direkten Investitionen der Nationalstaaten in ihre bevölkerungspolitischen Programme mit 3,5 Mrd. US-Dollar höher als die Investitionen der internationalen Geber (2,2 Mrd. US-Dollar) (UNFPA 2001: 3; 32). Der Anteil internationaler und nationaler Gelder ist aber je nach Land sehr unterschiedlich. Allerdings ist die Beeinflussung nationaler Regierungen weiterhin ein Anliegen des *population establishment*, wenn auch nicht mehr im selben Ausmaß wie in den 80er Jahren. So erklärte es die Weltbank 1999, sie habe es vernachlässigt, „demographische Perspektiven in den Politikdialog“ mit Regierungen einzubringen (World Bank 1999a: 22). Und US-AID finanziert weiterhin über den *think tank* „Futures Group“ Programme, die Regierungen anhand von Computersimulationen vom wirtschaftspolitischen Vorteil geburtenreduzierender Maßnahmen überzeugen sollen.



Gesetzesreformen und gesundheitspolitische Entscheidungen. Dieser politische Einsatz wurde untermauert von einem gegenüber der Vor-Kairo-Politik stark revidierten Verständnis davon, wie Bevölkerungspolitik und damit die Politik des *population establishment* nach Kairo zu definieren und zu analysieren sei.

**Die Konstruktion eines Gegensatzes zu neoliberaler Politik: Bevölkerungspolitik als ein im Verschwinden begriffener Anachronismus**

Im Folgenden möchte ich problematisieren, wie die im Konsens von Kairo dominanten Frauen-NGOs und -Netzwerke die Post-Kairo-Bevölkerungspolitik als Kontrast zu neoliberalen Rationalitäten konzipierten. Sie verfolgten damit eine Politik, die demographische antinatalistische Strategien nach Kairo entweder leugneten bzw. allenfalls noch als einen im Verschwinden begriffenen Anachronismus betrachteten. Oder aber sie versuchten sogar, Bevölkerungspolitik als ein Projekt positiv aufzuladen, das gegen eine angenommene neoliberale Auflösung von Staatlichkeit ein Feld „weicher“ internationaler Politik darstelle, mit der eine (anti-neoliberale) Sozialpolitik weltweit gestärkt werden könne.

Subtext solcher Programmatiken der Redefinition von Bevölkerungspolitik ist eine Analyse, die nicht nach neoliberalen Transformationen von Staatlichkeit fragt, sondern Neoliberalismus als eine Bedrohung (bevölkerungspolitischer) Staatlichkeit versteht.

Vorweggenommen sei, dass sich die Differenzen in der Analyse der Post-Kairo-Politik zwischen verschiedenen Frauengesundheitsorganisationen auch daraus erklären lassen, dass es regional sehr unterschiedliche Erfahrungen mit anti- und pronatalistisch wirkenden gesellschaftlichen Kräften in der Fortpflanzungspolitik

gibt. Es ist nicht zufällig, dass etwa die Auswertungen, welche das lateinamerikanische Frauengesundheits-Netzwerk LACWHN einerseits und die malaysische Organisation ARROW andererseits anlässlich der Kairo+5 Konferenzen 1999 erarbeiteten, sich wie zwei Pole in der Analyse der Post-Kairo-Politik lesen – und damit die kontinental sehr unterschiedlichen Erfahrungen mit bevölkerungspolitischen Konstellationen widerspiegeln. Während das LACWHN in einem Bericht über fünf lateinamerikanische Länder die Untersuchung antinatalistischer Strategien nicht einmal in Erwägung zieht (und dabei auch das mit Zwangsmaßnahmen arbeitende Sterilisationsprogramm unter Fujimori bagatellierte bis ignorierte, vgl. Schultz 2000), kam der Bericht von ARROW über acht südostasiatische Länder zu dem Ergebnis: „Die Bevölkerungsprogramme bleiben in der Demographie verankert und zielorientiert im Sinne quantitativer Maßstäbe, und sie haben sich nicht zugunsten einer mehr an den Menschen (people) orientierten Entwicklung verschoben“ (ARROW 1999: 9).

Differenzen in der Analyse bauen aber nicht nur auf unterschiedlichen historischen Erfahrungen und strategischen Allianzen, sondern auch auf einer unterschiedlichen konzeptuellen Einordnung des Begriffs der Bevölkerungspolitik auf. In vielen Analysen der Frauen-NGO-Vertreterinnen, die sich für den Kairoer Konsens stark gemacht haben, werden bevölkerungspolitische und neoliberale Strategien als voneinander unabhängige Fragen behandelt. Tenor ist, es handele sich bei antinatalistischen Strategien eher um ein Relikt vergangener Zeiten. Amparo Claro, bis vor kurzem Koordinatorin des lateinamerikanischen Netzwerkes, erklärte in einem Interview generell, bei dem Thema Bevölkerungspolitik handele es sich um ein „antiquiertes Thema“ von Frauengruppen, die „sich an der Vergangenheit festhalten“. Auch die US-amerikanische Wissenschaftlerin Rosalind Petchesky, ebenfalls eine zentrale Figur in den Verhandlungsprozessen um Kairo, analysiert den Post-Kairo-Prozess als er-

folgreich in dem Sinne, dass neomalthusianische Strategien an Einfluss verlören (Petchesky 2000: 16) und bezeichnet die Frage nach dem Verhältnis feministischer Positionen zu Bevölkerungspolitik als „alte Debatten“, die den „Punkt nicht treffen“, während das wirkliche Problem neoliberale Gesundheitssektorreformen seien.

### Bevölkerungspolitik als anti-neoliberales Versprechen – als Politik für die Bevölkerung

Parallel zu der Einschätzung, eine feministische Kritik an antinatalistischer Bevölkerungspolitik sei nach Kairo ein Anachronismus, entwickelten Expertinnen der für den Kairoer Konsens engagierten NGOs auch Strategien, den Begriff der Bevölkerungspolitik zu redefinieren und positiv zu belegen. Sie fassen ihn als Oberbegriff für diejenige staatliche Sozialpolitik auf, die sich auf Fragen der Fortpflanzung, Sexualität, Gesundheit oder auch Sterblichkeit bezieht, oder auch als Oberbegriff für alle politischen Programme, die sich auf der Basis demographischer Daten für die Wohlfahrt der Bevölkerung einsetzen. Diese Perspektive wurde insbesondere von lateinamerikanischen Feministinnen und vom Südfrauen-Netzwerk DAWN vorangetrieben. Schon im Vorfeld von Kairo hatten lateinamerikanische Frauengesundheits-NGOs für eine Bevölkerungspolitik plädiert, „die mit sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit geplant und ausgeführt“ werden sollte (LACWHN 1993: 89). Eine der beiden bekanntesten Expertinnen für Bevölkerungspolitik von DAWN, Gita Sen, unterstellte in dem Buch „Population Policies Reconsidered“ der bisherigen feministischen Kritik, diese habe nur versucht „Bevölkerungspolitik und Bevölkerungsprogramme neu zu fassen, um damit auch Entwicklungsziele neu zu bestimmen“ – und leugnete damit den frauengesundheitspolitischen Mainstream der 1980er Jahre, welcher eine staatliche Bevölkerungsregulierung grundsätzlich in Frage

gestellt hatte. Schließlich müsse sich Bevölkerungspolitik nicht auf „pure Zahlen, sondern auf komplexe gesellschaftliche Verhältnisse, die Geburt, Tod und Migration regieren“, beziehen (Sen 1994: 69).

Angesichts der historischen Kontinuität der neomalthusianischen Motive des *population establishment* ebenso wie der zugrunde liegenden Wissenschaft der Demographie (vgl. Heim/Schaz 1996) erscheint eine solche Definition einer Bevölkerungspolitik ohne demographische Ziele, einer Politik für die Bevölkerung, allerdings in höchstem Maße realitätsfern, wenn nicht geradezu absurd. So sehr dieses freie Umdefinieren auch als subversive diskursive Strategie zu interpretieren sein mag: Eine solche Beschreibung aktueller Entwicklungen führt vor allem dazu, internationale bevölkerungspolitische Programme als einen Gegenpol zu neoliberalen Strategien des Abbaus öffentlicher Gesundheits- oder Sozialpolitiken zu verteidigen und damit misszuverstehen.

Diese Politik spiegelt auch eine strategische Orientierung so mancher Lobbyistinnen auf eine Ausweitung der bevölkerungspolitischen Logik über die gesundheitsorientierten Programmelemente hinaus wider. Mit der Forderung nach einer nationalen Bevölkerungspolitik als Koordinationsinstanz mehrerer Politikfelder zielen sie darauf ab, nichtgesundheitsorientierte Komponenten des Kairoer Aktionsprogramms, wie *empowerment* und Geschlechtergerechtigkeit, zu stärken<sup>10</sup>.

<sup>10</sup> Eine Rezension des von Sen mit herausgegebenen Buches – erschienen in einer der wichtigsten Zeitschriften des *population establishment* – befindet zu dieser Vision einer starken interdisziplinären staatlichen Bevölkerungspolitik sehr treffend: „Merkwürdigerweise scheinen sich die AutorInnen nicht des Widerspruchs bewusst zu sein, dass sie einerseits zentralisierte und autoritäre Familienplanungsprogramme denunzieren, andererseits aber selbst in vielen Kapiteln höchst staatsorientierte Vorschriften für die Intervention von Regierungen entwickeln“ (McIntosh 1994: 655).

Auch die Verteidigung isolierter Programme für reproduktive Gesundheit gegen ihren Abbau im Rahmen neoliberaler Spar- und Privatisierungspolitik und eine sich daraus ableitende Allianz von Frauen-NGOs mit dem *population establishment* führt dazu, dass viele Evaluierungen der Post-Kairo-Politik ihr Augenmerk zu wenig darauf richten, welches Gewicht bestimmte (demographisch relevante) Elemente der reproduktiven Gesundheitsversorgung etwa in den Gesundheitssektor-Reformen gegenüber anderen Gesundheitsdiensten erhalten könnten. So betonen die Konzepte der Safe Motherhood Initiative, dass ihre Dienstleistungspakete (wie etwa das *mother-baby-package*, das auch einen nicht unbedeutenden Anteil von Familienplanung vorsieht) auch deswegen kosten-effizient seien, weil sie andere notwendige Gesundheitsdienstleistungen mit abdecken würden (vgl. World Bank 1999b: 2; 31). Strategien, die in diesem Sinne als Wiederauflage der Selective-Primary-Health-Care-Strategie der 1980er Jahre erscheinen<sup>11</sup>, müssen aber mehr beobachtet werden. Betsy Hartmann beschreibt diese Problematik folgendermaßen: „Er (der Konsens von Kairo, S.S.) rationalisiert den fortschreitenden Angriff auf die öffentliche Gesundheitsversorgung, indem er Familienplanung gegenüber reproduktiver Gesundheit bevorzugt, und reproduktive Gesundheit wiederum gegenüber Basisgesundheitsversorgung“ (Hartmann 2002: 274).

Das aktuelle Dilemma von Strategien, welche z.B. die Weltbank einerseits als Initiatorin neoliberaler Gesundheitssektor-reformen angreifen und gleichzeitig deren reproduktive Gesundheitsprogramme

<sup>11</sup> Das Konzept einer *selective primary health care* wurde gegen den breiten Ansatz der *primary health care* der WHO entwickelt, um von einer allgemeinen öffentlichen Basisgesundheitsversorgung abzusehen und stattdessen gezielt spezifische Dienstleistungselemente zu fördern (vgl. Hall/Taylor 2003).

als weltweit größte finanzielle Ressource in diesem Bereich verteidigen, ist mit einer solchen, beides getrennt voneinander betrachtenden Perspektive, die keine möglichen Zusammenhänge denkbar macht, jedenfalls nur schwer zu bearbeiten.

### Theoretische Versatzstücke für die Analyse eines neoliberalen Neomalthusianismus

Gegen die Konzeption einer internationalen antinatalistischen Bevölkerungspolitik als entweder im Verschwinden begriffen oder als Sozialpolitik redefiniert versuchen NGO-Netzwerke, die dem Kairoer Konsens eher kritisch gegenüberstehen, die Transformationen neomalthusianischer Diskurse nach Kairo zu verstehen. Besonders viele Anregungen für die Debatte geben Analysen, welche verschiedene Herrschaftsstrategien und Formen der Hierarchisierung zusammendenken – wie etwa das in den USA aktive Committee on Women Population and Environment, das seit Jahren Debatten aus einer kritischen Ökologie-Szene, aus antirassistischen Bewegungen, technologiekritischen Projekten und feministischen Gruppen zusammenführt (vgl. Silliman/ Bhattacharjee 2002; Silliman/King 1999).

Nachdem ich in diesem Text mit den Konzepten neoliberaler Selbstführung und Sicherheitstechnologien einige Anregungen für die Analyse der Transformation bevölkerungspolitischer Staatlichkeit gegeben habe, möchte ich für das Verständnis, warum neomalthusianische und neoliberale Politik auf diese Weisen artikulierbar sind, daran erinnern, wie neoliberale und neomalthusianische Gesellschaftskonzeptionen miteinander in Verbindung stehen: Das britische Corner House, das als eine von wenigen NGOs noch an einer aktuellen Neomalthusianismuskritik arbeitet, drückt es ohne Umschweife aus: Die Ideologie eines freien Marktes, auf die auch Gesundheitssektorreformen und die Privatisierung

von Gesundheitssystemen aufbaue, sei „ebenso heute wie in der Vergangenheit über den Malthusianismus konsequent gestärkt worden. Kratze an einem freien Marktwirtschaftler und es ist mehr als wahrscheinlich, dass du darunter irgendeine Art Malthusianer finden wirst“ (Corner House 2002).

Sowohl Neoliberalismus wie Neomalthusianismus schreiben die Verantwortung für den Ein- oder Ausschluss vom Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen nicht gesellschaftlichen Machtstrukturen, sondern den betroffenen Individuen/Bevölkerungsgruppen selbst zu. Beide konzipieren die Rolle des Staates anders als die frühliberale Vorstellung einer staatlichen Nichteinmischung. Im Gegensatz zum frühliberalen Konzept von Thomas R. Malthus, der jegliche staatliche Intervention kritisierte, für eine Abschaffung der Armenfürsorge plädierte und sittliche Enthaltensamkeit als einziges präventives Instrument gegen das Bedrohungsszenario der Überbevölkerung propagierte (Mertens 1991: 21f.; Ferdinand 1999: 23f.), befürworteten neomalthusianische Bewegungen, wie sie sich Ende des 19. Jahrhunderts international verbreiteten, bereits heutige neoliberale Konzepte staatlicher Intervention in der Bevölkerungspolitik: Sie forderten eine staatliche Orientierung der Individuen im Sinne einer verantwortlichen, nach wissenschaftlichen Kriterien ermittelten Gestaltung ihres Sexuallebens, eine Orientierung, die – so zumindest einige Vertreter – insbesondere bei den Armen notfalls per Gesetz durchgesetzt werden sollte (Ferdinand 1999: 171f.). Schon damals zeigte sich, dass die Unterscheidung, ob eine sexuelle Selbstführung über die Nutzung von Verhütungsmethoden angeboten oder aufoktroiert werden sollte, mit einer Hierarchisierung entlang von Klassenlinien bzw. (sobald sich der Neomalthusianismus auf Rassehygiene bezog) entlang rassistischer Kriterien zusammenhing. Die demographische Regierung der Individuen lässt sich dementsprechend nur entlang von Selektionsmecha-

nismen verstehen, die festlegen, wie und welche Bevölkerungen als zu viel, als Überbevölkerung, konstruiert werden.

Der Neomalthusianismus beruht auf der Konstruktion der Bevölkerung als Variable für die Lösung gesellschaftlicher Krisensituationen, eine Konstruktion, die in der Wissensproduktion der Demographie verankert ist – und nicht als eine spezifisch politische Aneignungen eines ansonsten neutralen demographischen Wissens abgetan werden kann (vgl. Hummel 2000; Heim/Schaz 1996). Die Demographie setzt ihren Fokus auf die Erhebung von Quantitäten und die Begründung gesellschaftlicher Zusammenhänge aus statistischen Korrelationen. In einem ersten Schritt konstruiert sie die Bevölkerung als von der Gesellschaft und den Individuen getrennte Einheit – und setzt diese von den gesellschaftlichen Lebensbedingungen getrennte Masse in einem zweiten Schritt in ein quantitatives Verhältnis zu denselben. Aus solchen, auf die Errechnung eines Gleichgewichtes angelegten Korrelationen folgt auch die Analyse von Ungleichgewichten, die – und das ist die Logik bevölkerungspolitischer Interventionen – der Variable Bevölkerung zugeschrieben werden können. Im Kontext kolonialer und rassistischer Traditionen bekommen diese quantitativ errechneten „Überschüsse“ dann ein je spezifisches Gesicht; d.h. es wird festgelegt, welche Bevölkerungsgruppe als überschüssige gedacht und selektiert wird (vgl. ebd.).

Diese Logik bleibt trotz aller Transformationen des Diskurses des *population establishment* erhalten, auch wenn sich diese inzwischen sowohl weniger drastischer Begrifflichkeiten (wie „Bevölkerungsstabilisierung“ statt „Bevölkerungskontrolle“) und komplexerer Modelle bedienen. Eine genauere Analyse der zunehmend multifaktoriell konzipierten demographischen Diskurse, die Bevölkerungswachstum nicht mehr als monokausale Ursache, sondern als einen von mehreren Faktoren für gesellschaftliche Krisenphänomene beschreiben, müsste dabei

einerseits darauf verweisen, wie die genannte Grundstruktur der demographischen Wissensproduktion beibehalten wird.

Der (Rück)blick auf eine radikale De-konstruktion demographischen Wissens und damit bevölkerungspolitischer Staatlichkeit macht klar: Die in diesem Artikel bis hier betriebene Analyse einer neoliberalen Transformation internationaler Bevölkerungspolitik über die Selbstführung reproduktiver Risiken und über die sicherheitstechnologische Fragmentierung von Risikogruppen darf nicht einfach auf „liberale“ Regierungsformen zurückgeführt werden. Vielmehr möchte ich den Subtext rassistischen Ein- und Ausschlusses und rassistischer Hierarchisierung in diesen Transformationen betonen – als Hierarchisierung, die zwischen einer teilweisen Entkopplung von Mikro- und Makroebene einerseits und einer direkten demographischen Funktionalisierung bestimmter Risikogruppen andererseits besteht – Hierarchisierungen, die im Rahmen einer Medikalisierung von Bevölkerungspolitik oftmals über pathologisierende Zuschreibungen verlaufen. Eine solche Perspektive kann von denjenigen Bewegungen und NGOs eher geleistet werden, welche – über die weiter gegen „illiberale“ Praktiken wichtige Forderung individueller Selbstbestimmung hinaus – rassistische und soziale Hierarchisierungen mitdenken und vor diesem Hintergrund eher in der Lage sind, die scheinbar neutral an ein für sich selbst verantwortliches Individuum gerichteten Risikodiskurse zu untersuchen und gegen den Strich zu bürsten.

### Literatur:

ARROW (Asian-Pacific Resource & Research Centre for Women) (1999): Changes in Population Policies and Programmes Post-ICPD Cairo: A Regional Research Project. Overview of Main Findings, Kuala Lumpur

Castel, Robert (1983): Von der Gefährlichkeit zum Risiko, in: Wambach, Manfred Max (Hg.): Der Mensch als Risiko, Frankfurt a.M., S. 51-74

Corner House (2002): Meeting on „Women, Population Control, Public Health and Globalization, Einladung, 2.12.2002, Dorset

DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era) (1999): Implementing ICPD: Moving Forward in the Eye of the Storm. DAWNs Platform for Cairo+5, Suva/Fiji

Dixon-Mueller, Ruth/Adrienne Germain (2000): Reproductive Health and the Demographic Imagination, in: Presser, Harriet B./Gita Sen (Hg.): Women's Empowerment and Demographic Processes, Oxford, S. 69-94

Ferdinand, Ursula (1999): Das Malthusische Erbe, Münster

Hall; John J./Richard Taylor (2003): Health for all beyond 2000: The demise of the Alma-Ata declaration and primary health care in developing countries, in: Medical Journal of Australia, Vol. 178, S. 17-20

Hartmann, Betsy (2002): The Changing Faces of Population Control, in: Silliman/ Bhattacharjee (Hg.), Cambridge, S. 259-290

Heim, Susanne/Ulrike Schaz (1996): Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte, Berlin/Göttingen

Hendrixson, Anne (2002): Superpredator meets Teenage Mom: Exploding the Myth of the Out-of-Control Youth, in: Silliman/ Bhattacharjee (Hg.), Cambridge, S. 231-258

Higer, Amy (1997): Transnational Movements and World Politics: The International Womens Health Movement and Population Policy, Dissertation, Brandeis University

Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin

Hummel, Diana (2000): Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht, Frankfurt a.M.

Jessop, Bob (1998): Nationalstaat, Globalisierung, Gender, in: Kreisky, Eva/Birgit Sauer (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Opladen/ Wiesbaden, S. 262-292

LACWHN (Latin American and Caribbean Women's Health Network) (Hg.) (1993): Women and Population Policies, 5-9. Juli 1993, Oaxtepec, Mexiko

Lemke, Thomas (2000): Die Regierung der Risiken. Von der Eugenik zur genetischen Gouvernementalität, in: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a.M., S. 227-264

- McIntosh, Alison (1994): Book review, in: *Population and Development*, Vol. 20, Nr. 1, Sept., S. 653-656
- Mertens, Heide (1991): *Wunsch Kinder. Natur, Verunft und Politik*, Münster
- Petchesky, Rosalind (2000): *Reproductive and Sexual rights: Charting the Course of Transnational Women's NGOs*, United Nations Research Institute for Social Development, Occasional Paper 8, Genf
- Qadeer, Imrana (1998): *Reproductive Health and Rights: A Public Health Perspective*, in: *Centre of Social Medicine and Community Health, Jawaharlal Nehru University (Hg.): Reproductive Health in India's Primary Health Care*, New Delhi, S. 1-26
- Schultz, Susanne (2000): *Leise Diplomatie. Die Politik feministischer Nicht-Regierungsorganisationen zur Sterilisationspolitik in Peru*, in: Gabbert u.a. (Hg.): *Geschlecht und Macht. Analysen und Berichte*, Jahrbuch Lateinamerika 24, Münster, S. 55-65
- Sen, Gita (1994): *Development, Population, and the Environment: A Search for Balance*, in: dies./Adrienne Germain/Lincoln Chen: *Population Policies Reconsidered. Health, Empowerment, and Rights*, Boston
- Silliman, Jael/Anannya Bhattacharjee (Hg.) (2002): *Policing the National Body. Race, Gender, and Criminalization*, Cambridge, S. 231-258
- Silliman, Jael/ Ynestra King (Hg.) (1999): *Dangerous Intersections. Feminist Perspectives on Population, Environment and Development – A project of the Committee on Women population and the Environment*, Cambridge
- Sinding, Steven/John Ross/Allan Rosenfield (1994): *Seeking Common Ground. Unmet Need and Demographic Goal*, in: *International Family Planning Perspectives*, Jg. 20, Nr. 1, S. 23-27
- Starrs, Ann (1997): *The Safe Motherhood Action Agenda: Priorities for the next Decade. Report on the Safe Motherhood Technical Consultation, Colombo/Sri Lanka, 18.-23. Oktober 1997*, New York (in Kooperation mit der Inter-Agency Group for Safe Motherhood)
- UNFPA (United Nations Fund for Population Activities) (1999a): *Maternal Mortality Update. A Report on UNFPA Support for Maternal Mortality Prevention*, New York
- UNFPA (1999b): *A Time between. Health Sexuality and Reproductive Rights of Young People*, New York
- UNFPA (2001): *Financial resource Flows for Population Activities in 1999*, New York
- WHO (World Health Organization)/UNICEF (1996): *Revised 1990 Estimates of Maternal Mortality*, Genf
- WHO (1999): *Reduction of Maternal Mortality. A Joint WHO/UNFPA/UNICEF World Bank Statement*, Genf
- World Bank (1999a): *Population and the World Bank. Adopting to Change. Human Development Network*, Washington
- World Bank (1999b): *Safe Motherhood and the World Bank. Learning from 10 Years of Experience*, Human Development Network, Washington

# Machtpolitik im grünen Kleid der Nachhaltigkeit. Feministische Kritik an ökologisch begründeter Bevölkerungspolitik

Daniela Gottschlich

**B**evölkerungspolitik ist in der Vergangenheit von unterschiedlichen Akteuren mit den verschiedensten Argumenten gerechtfertigt worden – z.B. als „Verbesserung der rassischen Qualität der Deutschen“, „als Bestandsvermehrung der `erbgesunden´ Bevölkerung“, als Mittel gegen den Kommunismus zu Zeiten des Kalten Krieges, als Entwicklungsstrategie gegen Hunger, Armut und `Unterentwicklung´ und als Emanzipationsinstrument zur Förderung von Frauen (vgl. u.a. Heim/Schaz 1996). Ende der 80er Jahre gewannen ökologische Argumentationsmuster zunehmend an Einfluss. Das Thema *Wachstum der Weltbevölkerung* hatte damit nicht nur den (zu diesem Zeitpunkt stark ökologisch geprägten) Diskurs um nachhaltige Entwicklung erreicht, sondern wurde gerade durch hegemoniale Diskursströmungen als zentrales Problemfeld reproduziert. Vor allem bezogen auf die Debatte um ökologische Tragfähigkeit gilt das Bevölkerungswachstum als ein wichtiger Krisenfaktor. Wir kennen die suggestiven Fragen „Wie viele Menschen verträgt die Erde?“ wie auch die fragwürdigen monokausalen Gleichungen „Weniger Menschen – weniger Umweltzerstörung! Weniger Menschen – weniger Armut!“ und ihre Schlussfolgerungen, die Bevölkerungspolitik (in diesem Zusammenhang wie selbstverständlich verstanden als antinatalistische Politik) als dringend geboten erscheinen lassen.

Die herrschaftsförmigen Argumentationsmuster, die uns in den bevölkerungspolitischen Debatten begegnen, sind au-

genfällig: Denn es sind nur „diejenigen im Süden in der Überzahl“, während „diejenigen im Norden zu wenig sind“. Der „prognostizierte Mangel an Erwerbsfähigen“ in Deutschland und anderen europäischen Staaten führt keinesfalls zu einer Entschärfung der Zuwanderungspolitik insgesamt, unterschieden wird jetzt verstärkt zwischen „nützlichen“ und „nicht-nützlichen“ ZuwanderInnen (mit der Folge, dass erstere eine „Greencard“ erhalten). Rassistische „Das Boot ist voll“-Parolen stehen somit nicht im Widerspruch zum Katzenjammer über „das Aussterben der Deutschen“. Wenn es um die Frage nach Zuwanderung und Integration geht, werden rechte Positionen und völkisches Denken in der Debatte um den demographischen Wandel salonfähig und rücken in die vermeintlich politische Mitte. „Kinder statt Inder“ – dieser Slogan, der 2001 von Jürgen Rüttgers im NRW Wahlkampf zu hören war, ist ein Besorgnis erregendes Beispiel dafür.

Bevölkerungspolitik ist der geplante, methodische Eingriff in das generative Verhalten von Bevölkerungen oder bestimmter Bevölkerungsgruppen, sie hat die quantitative und qualitative Steuerung von Bevölkerung(sgruppen) zum Ziel. KritikerInnen haben immer wieder auf ihre sexistischen, rassistischen und eugenischen Implikationen verwiesen (vgl. z.B. Pinn/Nebelung 1989; Wichterich 1994). Eine solche Politik ist aus feministisch-kritischer Perspektive abzulehnen und zu bekämpfen: Denn Bevölkerungspolitik lässt sich mitnichten gleichsetzen mit Selbstbestimmung von Frauen, so wird sie nur seit der Bevölkerungskonferenz in Kairo 1994 ver-

kauff. Auf der Makroebene wird nicht von der neomalthusianischen Logik abgewichen, dass eine Bevölkerungsreduzierung aus Ernährungssicherheitsgründen notwendig sei, und auf der Mikroebene gibt es nicht nur den Kampf um die Interpretation dessen, was mit „reproduktiven Rechten“ gemeint ist, sondern Beispiele für den ungebrochenen Zwangscharakter bevölkerungspolitischer Maßnahmen (vgl. Schneider 2000: 290f.).

Im Zentrum meines Beitrags steht nun vor allem die Kritik an ökologisch begründeter demographischer Regulierungspolitik und ihrer Akzeptanz, die erschreckenderweise bis in emanzipatorische soziale Bewegungen hineinreicht. Das Bevölkerungsestablishment hat es erreicht, über das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und über den Verweis auf die gemeinsame globale Verantwortung für den Planeten bevölkerungspolitische Maßnahmen (wieder) zu legitimieren. Mit der Verknüpfung von Nachhaltigkeits- und Bevölkerungsdiskurs ist es gelungen, „den Konflikt der Nichtakzeptanz bevölkerungspolitischer Maßnahmen in Verbindung zu bringen mit dem Bedürfnis einer intakten Umwelt sowie der Förderung von Frauen in der `Dritten Welt´“ (Schneider 2000: 283).

Ich werde an verschiedenen Beispielen zeigen, wie wirkmächtig diese Verknüpfung der bevölkerungspolitischen Diskussion mit dem Diskurs um nachhaltige Entwicklung geworden ist. Die Folgen sind in doppelter Hinsicht äußerst problematisch: Zum einen wird der Handlungsbedarf, der aus der ökologischen Krise erwächst, genutzt um Akzeptanz für bevölkerungspolitische Maßnahmen zu schaffen und damit eine Politik des Zwangs auf subtilere Art fortgesetzt. Zum anderen wird die neoliberale Transformation des Konzeptes nachhaltiger Entwicklung weiter voran getrieben, die in Nichtnachhaltigkeit lediglich ein Effizienz- und Managementproblem sieht, das im Rahmen einer ökologischen Modernisierung behoben werden könnte<sup>1</sup>. Eine kritische emanzipatorische inhaltliche Füllung der Idee von Nachhaltigkeit wird zunehmend

schwieriger gegen den hegemonialen Diskurs, der u.a. Bevölkerungspolitik als einen zentralen Baustein von nachhaltiger Entwicklung definiert. Für soziale Bewegungen, die sich Nachhaltigkeit auf die Fahnen schreiben, ist es inhaltlich wie strategisch wichtig, das emanzipatorische Potenzial dieses Begriffes nicht aufzugeben und zu transportieren.

## I Fiktion „Überbevölkerung“

Derzeit leben schätzungsweise 6,4 Milliarden Menschen auf der Welt. Obwohl die Geburtenraten weltweit deutlich sinken, wird die Weltbevölkerung nach einer Projektion der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2050 auf knapp 9 Milliarden wachsen (DSW 2004:10). Die demographische Entwicklung unterscheidet sich regional jedoch deutlich – wir haben es sowohl mit Wachstums- als auch mit Schrumpfungprozessen zu tun. In Europa und Japan gibt es einen Bevölkerungsrückgang. Mit diesen „Schrumpfungprozessen“ geht „zugleich eine historisch einmalige Zunahme des Anteils älterer Menschen“ einher (Deutscher Bundestag 2002: 401; zur Kritik an der Dramatisierung einer „überalten“ Gesellschaft vgl. den Beitrag von Gertrud Dorsch in dieser Broschüre). Anders als im 20. Jahrhundert findet nach den UN-Prognosen das Bevölkerungswachstum im 21. Jahrhundert fast ausschließlich in `Entwicklungsländern´ statt. Der Grund liegt im Altersaufbau dieser Länder, in denen fast die Hälfte der Menschen jünger als 16 Jahre ist. Eltern haben zwar auch dort weniger Kinder als früher (statistisch etwa 3 gegenüber 6

<sup>1</sup> Die zunehmende Neoliberalisierung des Nachhaltigkeitsdiskurses fällt jedoch nicht vom Himmel. Für sie gab es von Anfang an hegemonial nutzbare Andockstellen in den politisch-institutionellen Dokumenten wie dem Brundtlandbericht und der Agenda 21. Von feministischer Seite ist innerhalb des Diskurses mit dem Ansatz „sustainable livelihood“ ein Gegengewicht eingebracht worden, das auf Solidarität und Sicherung der Lebensgrundlagen abzielt (vgl. Gottschlich/ Mölders 2006).



im Jahr 1960); die Abnahme der Kinderzahl pro Elternpaar wird jedoch durch die steigende Zahl von Frauen und Männern im gebär- bzw. zeugungsfähigen Alter ausgeglichen. Etwa 96 von 100 Kindern werden deshalb weiterhin in `Entwicklungsländern´ geboren (Deutscher Bundestag 2002: 401; DSW 2004: 10f.). Mit dem 21. Jahrhundert beginnt gleichzeitig „das Jahrhundert der Städte“ (Kofi Annan, zit. n. Stiftung Entwicklung und Frieden 2001: 101). Denn die Stadtbevölkerung wächst prozentual schneller als die Weltbevölkerung insgesamt. 2007 wird erstmals über die Hälfte der Menschen in Städten leben, zwei Drittel in `Entwicklungsländern´ (ebd.).

Was folgt jedoch aus diesen Zahlen, die in keinem Bericht über weltweite demographische Entwicklungen fehlen? Welche Politik wird daraus abgeleitet? Meines Erachtens darf die Beantwortung dieser Frage nicht dem Bevölkerungsestablishment überlassen werden. Denn in der Tat wird die zunehmende Urbanisierung die bereits bestehenden Probleme der Städte (vor allem in `Entwicklungsländern´) verstärken, wenn es bei gleichbleibenden „Rahmenbedingungen“ darum gehen wird, für alle angemessenen Wohnraum, städtische Infrastruktur (vor allem unter Einbeziehung von ökologischen und gesundheitlichen Aspekten), ökonomische Versorgung und soziale Einrichtungen bereitzustellen. Auf den Prüfstand gehören daher genau die derzeitigen ökonomischen, sozialen und politischen *Rahmenbedingungen*, die von neoliberalen und neokonservativen Kräften geprägt und genutzt werden. Das heißt nicht, dass demographische Prozesse für die Gestaltung von Zukunft unwichtig sind. Es ist natürlich nicht unerheblich, wie viele Menschen wo und wie wohnen, sich

ernähren, arbeiten und konsumieren, wie viele Menschen die Schule besuchen, wie viele pflegedürftig sind (vgl. den Beitrag von Hummel in dieser Broschüre). Aber: Weder die Bevölkerungsgröße noch die Bevölkerungsdichte allein sind verantwortlich für Nicht-Nachhaltigkeit<sup>2</sup>. Wir müssen uns klarmachen, dass die Frage, ob es möglich sein wird, „eine wachsende Anzahl von Menschen zu ernähren und ihnen eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen“ (Mertens 1992: 188) in erster Linie eine Verteilungsfrage ist. Die Stabilisierung des Bevölkerungswachstums z.B. führt daher keineswegs automatisch zu mehr Nachhaltigkeit, nicht zu mehr Gerechtigkeit, nicht zu mehr Selbstbestimmung. Die Bevölkerungszahl ist also weder ein sinnvoller Indikator für die Qualität der Versorgung von Bevölkerung noch für den Erhalt der natürlichen Mitwelt.

Die Verhandlungen und Diskussionen rund um die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 haben allerdings deutlich gemacht, dass (nicht nur) die internationale Frauenbewegung tief gespalten ist hinsichtlich der Fragen, ob Bevölkerungspolitik in feministischem Sinne reformierbar oder grundsätzlich abzulehnen sei und ob es „Überbevölkerung“ als reales Phänomen und Problem überhaupt gibt (Hummel 1998; Randeria 1998). Ich folge der Argumentation von Heide Mertens, die betont, dass der Begriff „Überbevölkerung“ höchst problematisch und irreführend ist. Denn wer davon spricht, dass die Erde überbevölkert ist, sagt damit gleichzeitig, dass es schon zu viele Menschen gibt. Aber wer bestimmt die Kriterien dafür? Und welche Menschen sind zuviel? Das mit dem Begriff Überbevölkerung verbundene Konzept der Tragfähigkeit suggeriert in der Regel, dass es eine definierbare Grenze für eine optimale Bevölkerungszahl eines Landes gibt. Die gibt es aber nicht, sie ist abhängig von verschiedenen Variablen (Produktionsverhältnissen, Konsumstandards und Lebensstilen, Gesellschaftssystem, Verteilungsmustern, technologischen Innovationen und angepassten Bodenbewirtschaftungsformen

<sup>2</sup> Dass es nicht auf die absolute Zahl ankommt, macht die folgende Feststellung von Dumont deutlich: „Leben sämtliche Bewohner der Erde in Nordamerika, so wäre dessen Bevölkerungsdichte immer noch niedriger als die Belgiens“.

etc.) (vgl. Mertens 1992 sowie Nuscheler 1995). Aus diesem Grund teile ich Mertens Schlussfolgerungen: „Es gibt keine ‚Überbevölkerung‘. Die optimale Bevölkerungszahl für ein Land lässt sich nicht naturwissenschaftlich definieren (...). Es gibt allerdings eine relative ‚Überbevölkerung‘<sup>3</sup> im Verhältnis zum angestrebten Industrialisierungsmodell, zu Landverteilung und Exportproduktion oder zu einem auf Verschwendung von Ressourcen basierendem Lebensstil. Solche ungerechten Verteilungsstrukturen können zugleich Bevölkerungswachstum verursachen“ (Mertens 1992: 195).

Mit dem Prozess von Kairo nach 1994 sind zwar Begriffe wie „Überbevölkerung“ oder „Bevölkerungsexplosion“ weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden. Neomalthusianisches Katastrophendenken ‚grundiert‘ dennoch weiterhin den Diskurs. Die gesellschaftliche Dynamik von Bevölkerungs- und Verstädterungsprozessen und die mit ihnen verbundenen Schwierigkeiten, aber auch die daraus erwachsenden Chancen führen nicht in erster Linie zu einer Diskussion, wie ein gutes Leben für alle aussehen könnte und was dem bisher im Wege steht. Im Diskurs über globale Umweltverantwortung lassen sich nach wie vor zwei Stränge ausmachen, die es zu verändern gilt: Das ist zum einen der „Überkonsum“ der ‚Industrialationen‘ und zum anderen – nach wie vor exponiert – das „Problemfeld Bevölkerungswachstum“ in Ländern des Südens.

## II Thematisierung von Bevölkerungswachstum und -politik im Nachhaltigkeitsdiskurs

Eine umfassende Diskursanalyse, die den Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und nachhaltiger Entwicklung beleuchtet, kann an dieser Stelle weder für den nationalen noch für den internationalen Rahmen geleistet werden. Ich möchte jedoch an drei aktuellen Beispielen (Nachhaltigkeitsstrategie der ehemaligen Bundesregierung, Ökologie-

bewegung/ Mc.Planet.com und Diskussionen bei attac) Versatzstücke der problematisierten Argumentation zeigen und kritisieren.

### a) Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (NHS)

In der Nachhaltigkeitsstrategie, die im April 2002 verabschiedet und im September auf dem Weltgipfel in Johannesburg unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ vorgestellt wurde, bekennt sich die ehemalige Bundesregierung zum nationalen Handeln „in Verantwortung für die Eine Welt“ (NHS 2002: 42). Christine Katz und Tanja Mölders haben in der kritischen Einschätzung für die AG Frauen und genantet allerdings herausgearbeitet, dass in der Strategie die ‚Entwicklungsländer‘ nicht nur als „hilfsbedürftig“, sondern auch als „bedrohlich“ erlebt und beschrieben werden, insbesondere dann, „wenn von der wachsenden Weltbevölkerung die Rede ist“ (Katz/ Mölders 2004: 4). Zu den „besorgniserregenden Trends“ (ebd.) wird neben „Armut“ und „Umweltzerstörung“ auch das Bevölkerungswachstum gezählt, das die beiden erstgenannten Probleme noch verschärfe. Der genaue Wortlaut im Kapitel IV *Internationale Verantwortung* der Nachhaltigkeitsstrategie lautet wie folgt:

„Trotz beachtlicher Erfolge seit 1992 sind die Trends, die Auslöser der Rio-Konferenz waren, nach wie vor besorgniserregend:

<sup>3</sup> Nuscheler greift den Begriff „relative Überbevölkerung“ in seiner 4. Ausgabe des Lern- und Arbeitsbuches *Entwicklungspolitik* auf und verweist darauf, dass „relative Überbevölkerung“ auch dann entstehen kann, „wenn die ungerechte Verteilung von Boden Landknappheit erzeugt oder die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität verhindert“ (Nuscheler 1995: 212) – wie es in Brasilien z.B. der Fall ist. In der überarbeiteten 5. Auflage von 2004 ist sein ausdrücklicher Bezugspunkt das Aktionsprogramm von Kairo – das Mertens-Zitat, in dem „Überbevölkerung“ negiert wird, fehlt.

- Die Armut in den Entwicklungsländern ist immer noch verbreitet. Die Schere zwischen armen Entwicklungsländern und reichen Industrieländern hat sich in den vergangenen Jahren noch weiter geöffnet. Bei einer großen Zahl von Entwicklungsländern kommt die Einbindung in den Welthandel bisher über bescheidene Ansätze nicht hinaus.
- Die globalen Umwelttrends, etwa die Emission der Treibhausgase (Klimawandel) oder die Erosion der Böden gefährden langfristig die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Schon heute können in vielen Ländern die Menschen nicht mehr ausreichend mit sauberem Trinkwasser versorgt werden.
- Trotz rückläufiger Geburtenraten wächst die Weltbevölkerung weiter, was in der Konsequenz die genannten Entwicklungen verschärft.“ (NHS 2002: 42)

Mit einer integrierten Problemanalyse hat diese oberflächliche Aufzählung von „Trends“ nichts mehr zu tun. Was bleibt, ist weniger als `Rio light`. Armut und Umweltzerstörung erscheinen als alleinige Probleme „armer Entwicklungsländer“, die vermeintlich ursachenlos daher kommen. An dieser Stelle wird besonders deutlich, dass eine kritische Reflexion der herrschenden gesellschaftlichen Grundkategorien in der Nachhaltigkeitsstrategie nicht stattfindet. Die Ursachen der identifizierten Probleme werden nicht im Zusammenhang mit bestehenden Herrschaftsverhältnissen (Kapitalismus, Patriarchat) diskutiert. Dass die weltweiten Verteilungsungerechtigkeiten und Zerstörungen der ökologischen Grundlagen Voraussetzungen und Auswirkungen der dominanten Produktionsweise sind, wird genauso ausgeblendet wie die unterschiedlichen Qualitäten der Naturnutzung und Naturzerstörung zwischen `Industrie- und Entwicklungsländern`. Was bleibt, ist zum Schluss die Botschaft, dass das Bevölkerungswachstum die glo-

balen Probleme verstärkt. Einmal mehr wird die Argumentation genutzt, um von den eigentlichen Ursachen abzulenken. Die psychologische Wirkung – hier scheint etwas vermeintlich greifbar, das konkret für Armut und Umweltzerstörung verantwortlich ist – ist nicht zu unterschätzen. Durch die sich an das Zitat anschließende Aufzählung der zerstörerischen Folgen angefangen vom Klimawandel, über Artensterben bis hin zu Flucht und Gewalt, die „uns alle treffen“, wird das globale Bedrohungsszenario verstärkt, werden „die bevölkerungsreichen Nationen einseitig als `Schuldige` stigmatisiert“ (Katz/Mölders 2004: 4).

## b) TeilnehmerIn am McPlanet.com

Ein weiteres Beispiel fand ich durch Zufall in den Kommentaren unter der Rubrik zur „Verpflegung auf McPlanet.com“ auf der entsprechenden Internetseite. Die VeranstalterInnen wiesen darauf hin, dass „für eine vegetarisch-vegane Biokost von Bauernhöfen aus der Region Hamburg [...] das niederländische Kollektiv Rampenplan sorgen [wird]“ (<http://www.mcplanet.com>, 25. Mai 2005). Daraufhin entzündete sich eine heftige Kontroverse über die Gleichsetzung der Begriffe von „vegan“ und „vegetarisch“. Als dritter Kommentar fand sich folgender anonymer Beitrag:

*„Liebe Veganer, die Menschheit verzehrt seit Millionen von Jahren, (sic) tierische Produkte. Ich glaube, dass sich die Vegetarierer gesunder (sic) ernähren als Veganer. Milch, Eier sind Produkte die ohne weiteres verzehrt werden könnten, ohne das (sic) Tiere leiden müssten. Leider ist der Planet mit Menschen hoffnungslos übersiedelt, wir gehen stramm auf die 7 Milliarden zu. Hierdurch kommt es zur perfiden Massentierhaltung. Der beste Umweltschutz ist die Reduzierung der Weltbevölkerung. Leider gibt es keine Abkommen auf internationaler Ebene, die*

Geburtenraten zu reduzieren.“ (anonym, April/Mai 2005; Herv. D.G.)

Es geht mir an dieser Stelle nicht um Fragen der Repräsentativität dieser Äußerung für das politische Umfeld vom Mc.Planet. Die VeranstalterInnen haben diese Seite übrigens schon vor Kongressbeginn kurzerhand geschlossen. Exemplarisch lässt sich jedoch an diesem Kommentar zeigen, dass das Wachstum der Weltbevölkerung immer wieder als Ursache für die unterschiedlichsten Probleme herangezogen wird – allerdings ohne eine differenzierte Problemanalyse vorzunehmen. Gerade am Beispiel von Fleischproduktion und -konsum<sup>4</sup> lassen sich Fragen nach Ernährungssicherheit für heutige und zukünftige Generationen verbinden mit Fragen der Verteilung, des Zugangs zu Ressourcen<sup>5</sup> und von Machtungleichheit geprägten Weltmarktstrukturen<sup>6</sup>. Massentierhaltung ist keine „natürliche“ Folge von Bevölkerungsveränderungen, sondern eine politische Entscheidung für eine vermeintlich „ökonomisch effektive“ Produktionsweise, die immer mehr Fleischmengen und damit mehr Profit bei möglichst geringem Kosteneinsatz in kürzester Zeit verspricht. René Dumont hat darauf hingewiesen, dass allein in der Hälfte der kalifornischen *feed-lots*, jener riesigen Mastanlagen für Rinder, jährlich mehr Mais verbraucht wird, als ein Land wie Sambia (wo Mais ein Grundnahrungsmittel darstellt und Hunger herrscht) zur Deckung seines Gesamtbedarfs benötigen würde (vgl. Dumont, zit. n. Ziegler 2000: 56). Diese Zusammenhänge werden im obigen Kommentar ausgeblendet, stattdessen wird auf quantitativer Ebene ein Kausalzusammenhang von Massentierhaltung und Umweltzerstörung durch Bevölkerungswachstum unterstellt. Anstatt über Möglichkeiten nachzudenken, wie Ernährungssicherheit weltweit für alle zu gewährleisten sei – möglicherweise einschließlich der Forderung nach einer Mengenregulierung der Fleischproduktion – wird eine Mengenregulierung von Menschen gefordert.

### c) „Diskussionen in Attac Deutschland zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung“ (AWWO), 2004

Im Rahmen der Erarbeitung dieses Papiers, das den Stand der Diskussionen zu Vorstellungen für eine alternative Weltwirtschaftsordnung dokumentiert, ist eine Kontroverse um Bevölkerungskontrollpolitik entbrannt, an der ich selber beteiligt war. Um Missverständnisse zu vermeiden: Die AWWO-Redaktion hat keine einheitliche Meinung zum Thema „Wachstum“, noch weniger zum Thema „Bevölkerung“. Das AWWO-Projekt ist das Ergebnis eines monatelangen Diskussionsprozesses, das die verschiedenen Positionen transparent abbildet. Strittige Punkte sind als solche im Papier klar gekennzeichnet. Es geht mir also nicht darum, den Eindruck zu erwecken,

<sup>4</sup> Der weltweite Fleischkonsum ist zwar auf 242 Mio. Tonnen im Jahr 2002 gestiegen, allerdings ist der Pro-Kopf-Verbrauch z.B. in Europa sechs mal höher als in Afrika. Die Anzahl der fleischliefernden Tiere ist seit 1960 von 3 Mrd. auf über 5 Mrd. angewachsen. Um ein Kilo Rindfleisch zu erhalten, müssen ca. 16 Kilo pflanzliche Futtermittel verfüttert werden (Worldwatch Institute 2003).

<sup>5</sup> Weltweit werden jährlich rund zwei Milliarden Tonnen Getreide produziert. Statistisch betrachtet stehen damit für jeden der etwa 6,2 Milliarden Erdbewohner die täglich notwendigen 2.500 Nahrungskalorien zur Verfügung. Ein Viertel der gesamten Getreideernte der Welt wird jedes Jahr jedoch alleine als Futter für die Rinderherden der reichen ‚Industriationen‘ verwendet. Gleichzeitig sind über 840 Millionen Menschen chronisch unterernährt und wie es aussieht, wird die UNO es nicht schaffen, die Zahl der Hungernden bis zum Jahr 2015 zu halbieren ([www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de)).

<sup>6</sup> Zur Devisenerwirtschaftung – häufig im Zuge von neoliberalen Strukturanpassungsmaßnahmen verordnet – werden Nahrungsmittel wie Getreide und Sojabohnen aus ‚Entwicklungsländern‘ als Viehfutter in Industrienationen exportiert. Sinkende Weltmarktpreise für Agrargüter, Überbeanspruchung der Böden durch intensive Landwirtschaft und die Zerstörung von Subsistenzstrukturen gefährden massiv die Ernährungssicherheit in Ländern des Südens (vgl. u.a. Ziegler 2000).

„die AWWO-Gruppe“ würde eine bestimmte Position zum Thema Bevölkerungspolitik vertreten und verbreiten. Dennoch möchte ich die folgende Argumentation einer Position kritisieren, die es immerhin in das Papier geschafft hat und die von nicht unerheblichem Gewicht im ökologischen Diskurs ist:

## II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

### 1. Leitbilder und Leitideen Position Abschied vom Wachstum<sup>6</sup>:

„Der Gesamtnaturverbrauch ist ein Produkt aus drei Faktoren: jeder Konsum führt zu Naturverbrauch (Naturverbrauch pro Einheit Konsum); jeder Mensch konsumiert (Konsum pro Kopf); diese beiden multipliziert mit der Anzahl der Menschen (Bevölkerungszahl) ergeben den Gesamtnaturverbrauch. Daraus kann die *Forderung nach einer demografischen Regulierungspolitik* abgeleitet werden, welche die Tragfähigkeit der Natur berücksichtigt. Wichtiger als das BIP pro Kopf sind hier direkte Maßnahmen, vor allem zur *Familienplanung*, aber auch zur Verbesserung des Bildungsstands

und des Arbeitsplatzangebots – speziell für Frauen –, zur sozialen Altersfürsorge und zur Senkung der Kindersterblichkeit“ (AWWO, S. 20f., Herv. D.G.).

Die Tatsache, dass jeder Mensch Natur verbraucht, ist zunächst einmal so richtig wie banal. Der Versuch aber, die komplexen Wechselbeziehungen zwischen Menschen und natürlicher Mitwelt auf eine einfache Rechenformel zu bringen, mit der zugleich die Grenzen der „natürlichen Tragfähigkeit“ ermittelt werden sollen, ist nicht nur methodisch angreifbar, sondern auch politisch höchst problematisch. Denn „die Mathematik verlangt den Normmenschen“ (Schlebusch 1994: 69) – ohne soziale Strukturen und Hierarchien zu berücksichtigen. Ausgeblendet bleibt dabei die Vielzahl menschlicher Lebens- und Produktionsweisen, die den Umgang mit der Natur und die Bedürfnisse an die Natur bestimmen und veränderte Umweltbedingungen hervorbringen (vgl. ebd.). Und damit sind wir beim zentralen Problem demographischer Diskurse, das Susanne Schultz (1994) so treffend beschreibt: „Die Demographie stellt Daten über Ressourcen (wie Bruttosozialprodukt, Nahrungsmittelproduktion etc.) und über die Anzahl von Menschen abstrakt gegenüber und errechnet eine optimale Bevölkerungszahl, indem sie die eigentlich von den gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmten Daten über benötigte und produzierte Ressourcen statisch setzt.“

Heide Mertens (1992: 190) weist ausdrücklich darauf hin, dass das im Bevölkerungsdiskurs verbreitete Bild, „in dem jeder Mensch als zusätzliche Belastung der Umwelt dargestellt wird“, missverständlich ist. Mit anderen Worten: Auch der mathematische Umkehrschluss taugt nicht: Weniger Menschen müssen nicht in jedem Fall weniger Belastung für die Umwelt bedeuten. Im Gegenteil: Umweltprobleme können u.a. auch durch Bevölkerungsrückgang verursacht werden<sup>8</sup>. D.h. ist es nicht die Bevölkerungszahl, die zu Umweltbelastungen führt, sondern die Nichtangepasstheit der Versorgungs-

<sup>7</sup> In diesem Abschnitt, der insgesamt als Kontroverse kenntlich gemacht wird, weil er nur eine Position wiedergibt, die bei attac vertreten wird, wird eine Ökonomie im stationären Zustand als Zielperspektive angestrebt. In diesem Zusammenhang wird auch die Regulierung des Bevölkerungswachstums gefordert.

<sup>8</sup> So führen derzeit die Schrumpfungsprozesse in bestimmten Regionen in Deutschland z.B. zu einer Verminderung der Qualität des Wassers, weil die Fließgeschwindigkeit in den Wasserleitungen vermindert ist, da von weniger Menschen auch weniger Wasser verbraucht wird. Es müssen zusätzliche Chemikalien eingesetzt werden, um Bakterien und Schimmelpilze zu bekämpfen. Bei gleich bleibender Bevölkerungszahl, aber einer steigenden Anzahl von Haushalten (in den weniger Menschen im Schnitt leben), wächst die Umweltbelastung ([www.vistaverde.de/news/Wissenschaft/0301/13\\_kleinehaushalte.htm](http://www.vistaverde.de/news/Wissenschaft/0301/13_kleinehaushalte.htm)).

systeme (vgl. den Beitrag von Hummel in dieser Broschüre). Dringend notwendig erscheint in der Auseinandersetzung mit der Verknüpfung von Bevölkerungspolitik- und Nachhaltigkeitsdiskursen ein *Perspektivenwechsel*, der sich *erstens* in aller Deutlichkeit von einer Tragfähigkeitskonzeption verabschiedet, die optimale Bevölkerungszahlen erreichen will bzw. für errechenbar hält, und stattdessen auf die Gestaltbarkeit und damit *prinzipielle Offenheit gesellschaftlicher Naturverhältnisse* hinweist. Eine prinzipielle Offenheit anzuerkennen, heißt nicht, Probleme der Ernährungssicherung, Veränderungen von Bevölkerung und Umweltfragen zu marginalisieren. Natürlich stehen Versorgungssysteme in enger Wechselwirkung zu Bevölkerungsdynamiken. Natürlich ergibt sich auch ein gesellschaftlicher Bedarf aus der Bevölkerungsentwicklung. Die Bedingungen der Bevölkerungsentwicklung sind eingebunden in den Zusammenhang gesellschaftlicher Naturverhältnisse<sup>9</sup> – dieser Komplexität kann jedoch „mit dem Rückgriff auf die Biologie nicht Rechnung getragen werden“ (Schlebusch 1994: 70). Hüten wir uns also davor, soziale Probleme zu demographisieren. Wir haben es mit gesellschaftlichen Verteilungskonflikten zu tun. Und *zweitens* dürfen wir nicht müde werden, darauf hinzuweisen, dass die „Verbesserung des Bildungsstands“, eigenständige Existenzsicherung für Frauen und Männer, die Senkung von Kinder- und Müttersterblichkeit, wie sie das AWWO-Papier fordert, Ziele und Rechte an sich sind. Sie sind nicht an die Erfüllung von demographischen Programmen und Planungssolls zu koppeln.

### III Wider die Biologisierung gesellschaftlicher Zusammenhänge – für eine Care-Economy

Ein solcher Perspektivwechsel ist unmittelbar verbunden mit der Veränderung von Fragen in diesem Diskurs. Nur so kommen wir zu Antworten, die nicht sexistische und rassistische Praktiken fortset-

zen. Die Frage, wie viele Menschen trägt die Erde oder eine bestimmte Region, ist zu ersetzen durch die Frage, wie viel neoliberale Globalisierung, wie viel patriarchale Wirtschaftsweise verträgt die Erde oder eine bestimmte Region?

Wenn wir uns die Politikfelder anschauen, die im Zusammenhang mit den Herausforderungen des demographischen Wandels genannt werden – wie etwa Familienpolitik, Bildungspolitik, Zuwanderungs- und Integrationspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik – dann geht es um nicht weniger als um die Beantwortung der Frage: Wie wollen wir in Zukunft leben und arbeiten? Unsere Fragen müssen also lauten: Wie kann eine nachhaltige Versorgung gewährleistet werden, die sozial und ökologisch verträglich ist? D.h. wie können alle Gesellschaften ihre Bevölkerungen so versorgen, dass ihre Grundbedürfnisse befriedigt werden und für alle ein „gutes Leben“ möglich ist? Welche (Änderungen in der) Infrastruktur brauchen wir, um angemessen auf die anstehenden demographischen Veränderungen reagieren zu können?

Einen solchen Perspektivenwechsel in sozialen Bewegungen zu kommunizieren, die vom hegemonial gewordenen neomalthusianischen Denken nicht frei geblieben sind, halte ich für sehr wichtig. Um so wichtiger mit Blick auf die innerhalb der sozialen Bewegungen diskutierten „Wachstumsfrage“:

<sup>9</sup> An dieser Stelle sei noch einmal gesagt, dass wir es – selbst wenn wir die Vorstellung einer nur begrenzt möglichen Anzahl von Menschen auf dieser Welt für einen Augenblick ernst nähmen – mit einer *Gespensterdebatte* zu tun haben. Denn schon 1984 hat die Welternährungsorganisation der UN einen Tragfähigkeits-Bericht vorgelegt, der schon damals ausgehend von den aktuellen landwirtschaftlichen Produktionskräften zu dem Ergebnis kam, dass die Erde problemlos mehr als 12 Milliarden Menschen gut ernähren könnte (zit. n. Ziegler 2000). Diese Zahlen belegen die politische, soziale und ökonomische Dimension des Hungers.

Einerseits gilt es in der Tat ein Ökonomieverständnis zu kritisieren, das im Wirtschaftswachstum die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme sieht. Die Ressourcenausbeutung (vor allem von fossilen Energieträgern wie Erdöl) stößt hier an ökologische Grenzen (Knappheit, Treibhauseffekt etc.). Neben den ökologischen ergeben sich auch finanzielle Grenzen des Wachstums (vgl. Altvater 2005: 199)<sup>10</sup>. Ins Zentrum gehören daher sowohl die Frage nach der Verteilung von produziertem Wohlstand als auch die Frage, wie welche Güter hergestellt und konsumiert werden. Andererseits gehört zu der Kritik an einer solchen „Wachstumsideologie“ und dem Streben nach einer alternativen Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ein selbstreflexiver Umgang mit den eigenen Argumenten. Wer unkritisch die Argumentation des Bevölkerungsestablishments übernimmt, trägt mit dazu bei, paternalistische, sexistische und rassistische Grundannahmen salonfähig zu machen. Ganz abgesehen von der Kritik an der Annahme, dass es möglich und hilfreich ist naturwissenschaftlich definierte Grenzwerte für die „Tragfähigkeit der Erde“ festzusetzen, „Ressourcen“ und „Menschen“ lassen sich in solchen Rechenmodellen nicht als austausch- bzw. vergleichbare Variablen setzen. Eine Mengenregulierung des Ressourcenverbrauchs, die in einem gesellschaftlichen Konsens beschlossen worden ist (in der Einsicht, die eigenen Lebensgrundlagen nicht zu zerstören), die einherzugehen hat mit einer sozialverträglichen Verteilung (und einem garantierten Zugang zu diesen

Ressourcen für alle), ist etwas grundlegend anderes als die ‚Mengenregulierung‘ von Menschen, die im Fall einer Überschreitung von Grenzen zwangsläufig zu Menschenrechtsverletzungen führen muss. Frei und eigenverantwortlich darüber entscheiden zu können, ob und wie viele Kinder frau/mann bekommen möchte, ist ein Menschenrecht.

Entsprechend gilt es zu verhindern, dass die demographischen Entwicklungen in Nord und Süd zum „Katastrophenszenario“ dramatisiert und instrumentalisiert werden und damit die Hegemonie der neoliberalen Ideologie weiter stärken.<sup>11</sup> Die größte Gefahr für diesen Planeten ist nicht die „Zeitbombe“ Mensch, sondern unsere Art und Weise zu wirtschaften.

Die Kritik am herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bedeutet für mich, auf praktischer wie theoretischer Ebene einen politischen Prozess zu unterstützen, in dem neue und andere Verbindungen, z.B. zwischen Konsum und Produktion, zwischen Schützen und Nutzen, zwischen Produktion und Reproduktion hergestellt werden. Dafür bedarf es einer Konzeption von Gesellschaft und Wirtschaft, die das Sorgen (Care) in den Mittelpunkt stellt“ (Gottschlich/ Mölders 2006). In einer nachhaltigen Ökonomie gilt es daher den Produktionsprozess von vornherein als (Re)Produktionsprozess zu gestalten – also die Produktivitäten von menschlicher Arbeit und ökologischer Natur langfristig und dauerhaft zu erhalten. Herstellen und Wiederherstellen, Versorgung und Entsorgung müssen in einer so gedachten (und praktizierten) sozial und ökologisch „eingebetteten“ Ökonomie immer miteinander verknüpft sein. Wir brauchen dafür einen neuen Begriff von Rationalität, der Schützen und Erhalten ins Zentrum rückt (vgl. Biesecker/Hofmeister 2003). Alte Rationalitäten zu hinterfragen und damit die hegemoniale „Vorstellung von ökonomischer Vernunft als einer den (privaten) Eigennutz bzw. das (gesellschaftliche) Wachstum maximierenden Vorstellung von vernünftigem Wirtschaften“ (Biesecker/ Elsner 2004: 7) zum Wanken zu bringen

<sup>10</sup> Elmar Altvater (2005: 199) bemerkt dazu: „Die ‚harte Budgetrestriktion‘ der Zinsen erzwingt sehr hohes Wachstum, stellt aber zugleich eine so extreme Überforderung dar, dass wachstumswirksame Investitionen in der realen Wirtschaft gar nicht oder nur unzureichend finanzierbar sind“.

<sup>11</sup> Butterwegge (2004) weist daraufhin, dass das Argument des demographischen Wandels in Deutschland dazu genutzt wird, um eine „Anpassung der sozialen Sicherungssysteme“ alternativlos erscheinen zu lassen ([http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/POLBIL/GPI/IMPULSENRW\\_ThesenButterwegge.html](http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/POLBIL/GPI/IMPULSENRW_ThesenButterwegge.html)).

und letztendlich zu überwinden – all das sind wichtige Schritte für alternative Entwürfe nachhaltigen Lebens.

## Literatur:

Altwater, Elmar (2005): Wachstum, in: Wissenschaftlicher Beirat von attac (Hg.): ABC der Globalisierung, Hamburg, S. 198-199

attac (Hg.) (2004): Diskussionen in Attac Deutschland zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung (AWWO), <http://www.attac.de/awwo/>

Biesecker, Adelheid/ Elsner, Wolfram (2004): Vorwort der Herausgeber, in: Biesecker, Adelheid/ Elsner, Wolfram (Hg.), Erhalten durch Gestalten. Nachdenken über eine (re)produktive Ökonomie, Frankfurt a.M. u.a., S. 5-8

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2003): (Re)Produktivität: Der „blinde“ Fleck im Diskurs zu Nachhaltiger Entwicklung, in: Hofmeister, Sabine/ Mölders, Tanja/Karsten, Maria-Eleonora (Hg.), Zwischentöne gestalten: Dialoge zur Verbindung von Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit, Bielefeld, S. 38-56

Deutscher Bundestag (Hg.) (2002): Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft, Opladen

DSW - Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hg.) (2004): UNFPA Weltbevölkerungsbericht 2004. Kairo plus zehn: Bevölkerung, reproduktive Gesundheit und der weltweite Kampf gegen die Armut, Stuttgart

Gottschlich, Daniela/ Mölders, Tanja (2006): Damit Nachhaltigkeit drin ist, wo Nachhaltigkeit drauf steht. Zur Krise der Krisenwahrnehmung und zur Notwendigkeit eines inhaltlich-konzeptionellen Geschlechterzugangs in sozial-ökologischen Forschungen, in: Aulenbacher, Brigitte u.a. (Hg.): „FrauenMännerGeschlechterforschung, State of the Art“ (im Erscheinen)

Katz, Christine/Mölders, Tanja (2004), Kritische Einschätzung der Nachhaltigkeitsstrategie aus Geschlechterperspektive, hrsg. v. genanet, Frankfurt a.M. ([http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Studien/genaS\\_1\\_NHS.pdf](http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Studien/genaS_1_NHS.pdf))

Klingebiel, Ruth/ Randeria, Shalini (Hg.): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen, Bonn

Heim, Susanne/ Schaz, Ulrike (1996): Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte, Berlin

Hummel, Diana (1998): Feministische Debatten über Bevölkerungspolitik und reproduktive Rechte: Einmischungen und Abgrenzungen, in: Klingebiel, Ruth/ Randeria, Shalini (Hg.), a.a.O. S. 186-213

Mertens, Heide (1992): Das Bevölkerungsproblem als Indikator ungleichgewichtiger Entwicklung, in: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Grundprobleme, Theorien, Strategien, Bd. 1, Bonn, S. 180-196

Nuscheler; Franz (1995 und 2004): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn

Pinn, Irmgard/ Nebelung, Michael (1989): Das Menschenbild in der Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik. Deutsche Traditionslinien vom „klassischen“ Rassismus bis zur Gegenwart, in: Peripherie, Nr. 37, 1989, S. 21-50

Randeria, Shalini (1998): Globalisierung und Geschlechterfrage, in: Klingebiel, Ruth/ dies. (Hg.), a.a.O., S. 16-33

Schlebusch, Cornelia (1994): Bevölkerungspolitik als Entwicklungsstrategie. Historisches und Aktuelles zu einem fragwürdigen Argument, Frankfurt a.M.

Schneider, Sonya (2000): Bevölkerungspolitik: Vom Zwang zum Konsens? Bremen

Schultz, Susanne (1994): Feministische Bevölkerungspolitik? Zur internationalen Debatte um Selbstbestimmung, in: Eichhorn, Cornelia/ Grimm, Sabine (Hg.): Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik, Berlin

Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.) (2001): Globale Trends 2002. Fakten, Analysen, Prognosen, Frankfurt a.M.

Wichterich, Christa (Hg.) (1994): Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen

Worldwatch Institute (Hg.) (2003): Vital Signs 2003, Washington D.C.

Ziegler, Jean (2000): Wie kommt der Hunger in die Welt? Gespräch mit meinem Sohn, München



## Glossar

**Antinatalistisch:** „Geburten verhindernd“ – eine normative oder regulative Einschränkung der Zahl Kinder pro Frau

**Hegemonie** bezeichnet nach Antonio Gramsci einen Typus von Herrschaft, der darauf basiert, eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen. H. stützt sich dabei in der Regel nicht auf offenen Zwang, sondern auf gesellschaftliche Konsense und Kompromisse wie Gesellschaft zu gestalten ist. An der Aufrechterhaltung des hegemonial gewordenen neoliberalen Credos der Alternativlosigkeit der Verhältnisse sind nicht nur Unternehmen und Staat, sondern auch die Zivilgesellschaft beteiligt.

**Gramsci, Antonio:** italienischer Theoretiker und Kommunist (1891-1937); schrieb – unter Mussolini inhaftiert – in seinen „Gefängnisheften“ über marxistische Politik und Philosophie sowie die Machtverhältnisse unter der Vorherrschaft des Faschismus. Beschäftigte sich u.a. mit der Rolle der Zivilgesellschaft (-> Hegemonie) und der Theorie des Erziehens.

**Malthus, Thomas Robert:** schottischer Pfarrer und Ökonom (1766-1834). Er veröffentlichte 1798 einen Text mit dem Titel „Essays on the Principle of Population“, in dem er ein „Bevölkerungsgesetz“ formulierte. Demnach handele es sich um ein Naturgesetz, dass die Bevölkerung sich in geometrischer Reihe (1,2,4,8...) vermehre, die Nahrungsmittelproduktion aber nur in arithmetischer Reihe (1,2,3,4,...) steigern lasse. Malthus empfahl Enthaltsamkeit für diejenigen, die ihre Nachkommen nicht ernähren können.

**population establishment/Bevölkerungsettlement:** Bezeichnung für das enge Netzwerk aus multilateralen Organisationen, Entwicklungsbehörden der Industrieländer, Privatstiftungen und think tanks, das sich für eine Reduktion des Bevölkerungswachstums in südlichen Ländern einsetzt.

**Pronatalistisch:** „Geburten fördernd“ – eine normative oder regulative Förderung der Zahl Kinder pro Frau

## Autorinnen und Herausgeberinnen

**Gertrud Dorsch** (1934), Professorin für Arbeitswissenschaft mit den Schwerpunkten Privathaushalt und Personalwesen hauswirtschaftlicher Betriebe bis 1996 an der Fachhochschule Münster, Fachbereich Oecotrophologie. Sie vertritt einen interdisziplinären Wissenschaftsansatz. Als Pensionärin engagiert sie sich in lokalen und euregionalen Agenda 21-Projekten aus Genderperspektive. Mitarbeit in der AG Frauen des Forums Umwelt und Entwicklung und der Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit – genanet.

**Daniela Gottschlich** (1972), Politikwissenschaftlerin, promoviert an der Universität Osnabrück zum Thema „Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit“. Mitarbeit u.a. in der AG Frauen des Forum Umwelt & Entwicklung und in der Leitstelle genanet, Mitinitiatorin eines deutsch-niederländischen Agenda 21 Frauenprojektes „Leben ist nicht nur Erwerbsarbeit. Zur Neudefinition und Neuverteilung aller vorhandener Arbeit“.

**Juliane Grüning** (1974), Kulturwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Ökologie, Umweltbildung und Kommunikation. Seit 2003 tätig für die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings in Berlin. Arbeitsschwerpunkte sind europäische Umweltpolitik sowie Genderfragen im Natur- und Umweltschutz. Sie ist eine der Koordinatorinnen der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung.

**Diana Hummel** (1963), Politikwissenschaftlerin, Promotion 1999 zum Thema „Der Bevölkerungsdiskurs - Demographisches Wissen und politische Macht“. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt a.M. mit den Arbeitsschwerpunkten Demographie und internationale Entwicklungen sowie Gender & Environment. Lehrbeauftragte am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften/ Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der J.W. Goethe-Universität.

**Susanne Schultz** promovierte an der FU Berlin in Politikwissenschaft und forscht zurzeit zur Politik der Gendiagnostik. Sie arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lateinamerika-Institutes der FU Berlin, als Journalistin und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und war lange aktiv in internationalistischen Bewegungen und feministischen Gruppen gegen Bevölkerungspolitik. Heute engagiert sie sich in respect, einer antirassistisch-feministischen Gruppe zum Thema Migration und bezahlte Hausarbeit.

**Elisabeth Stiefel**, Promotion 1958 mit einer Arbeit zur Theorie des Wirtschaftskreislaufs, forscht und publiziert nachberuflich zum Thema postindustrielle Arbeit, Geschlechterverhältnisse, nachhaltige Sozial- und Familienpolitik. Seit 10 Jahren Mitglied in der International Association for Feminist Economics, Mitarbeit in der AG Frauen des Forums Umwelt und Entwicklung und der Leitstelle genanet. Sie ist Mitautorin der Pilotstudie des FrauenForums der KölnAgenda zum Gender Budgeting „Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik“, die 2004 erschienen ist.



**Kontakt:** Forum Umwelt & Entwicklung  
Am Michaelshof 8-10 · 53177 Bonn  
Tel.: 02 28 - 35 97 04 · Fax: 02 28 - 92 39 93 56  
E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de) · [www.forumue.de](http://www.forumue.de)